

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Berichts- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 52.

Dienstag, den 3. März 1903.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 28. Februar 1903.

Im Reichstage befand sich unter den am Sonntag vorgenommenen Petitionen eine, die im Gegensatz zu den anderen wenigstens zu einer kurzen Debatte Anlaß gab. Ein strebsamer Staatsanwalt, der Wagner heißt, hat in mäßiger Stunde das Bedürfnis gefühlt, den Reichstag mit einem Gesuch um Einführung der Strafverschickung alias der Deportation, zu behelligen. Selbstredend will der edle Herr diese zwangsweise Verschickung auch auf die Sozialdemokraten, die „inneren Feinde“, angewandt wissen. Unglaublich, aber wahr: die Petitionskommission empfahl, den Wisch, statt ihn in den Papierkorb zu werfen, der Regierung als Material zu überweisen! Genosse Thiele beantragte dagegen Uebergang zur Tagesordnung und protestierte mit Recht dagegen, daß man neben anderen römischen Kaiserzeit auch die Deportation nachschiefe. Indessen das Haus bezog die Mehrheit der zwei Duzend erschienenen Reichsboten verwarf diesen vernünftigen Antrag und empfahl die Stilllegung des schneidigen Staatsanwalts einer hohen Reichsregierung zum emfigen Studium. — Sodann ward der Postetat vorgenommen. Staatssekretär Kraetke hielt die Einleitungsrede, in welcher die Knauererei bei den Beamtenanstellungen und Beamtengehältern mit den schlechten Zeiten und den mageren Jahren zu entschuldigen versucht wird. Die paar nothdürftigen Fortschritte, die gemacht worden sind, wurden natürlich in bengalische Beleuchtung gerückt. — Nach einer recht unerheblichen Rede des Volksparteilers Eichhoff, dessen mandelstieliges Herz noch immer an der Verstaatlichung der Privatposten zu bluten scheint, ergriff Genosse Singer das Wort zu einer wirksamen Kritik der Postverwaltung. Ohne irgendwie die kleinen Fortschritte, die in der Besserung des Gehälter- und Anstellungswesens gemacht worden sind, herabzusetzen, zeigte der Redner unserer Fraktion die völlige Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen, wies nach, wie nur der radikale Bruch mit dem unseligen System der diätarischen Beschäftigung eine wirkliche Besserung herbeiführen könne, und geißelte mit glücklichem Humor das byzantinisch-alexandrinische Titel- und Eigenwesen — diese „Kinkerlitzchen“, die die schlecht bezahlten Unterbeamten sicher nicht über die mangelnden Zulagen zu trösten vermögen, was immer auch Reichsfinanzdirektor Tweste zu ihrer Verherrlichung ins Feld führen mag. Mit großer Schärfe wandte sich alsdann Singer gegen den Budgeteifer, der nicht nur im preussischen Eisenbahnbereich, sondern auch in der berufsverwandten Postverwaltung herumspukt. Ist doch ein Beamter nach sechszehnjähriger Dienstzeit entlassen worden, weil er es gewagt hat, für den verwehnten „Postboten“ einen Artikel zu schreiben! Ueberhaupt bekümmert sich die Postverwaltung um das außerordentliche Verhalten der Postbeamten; sie überwacht und verhindert nicht nur ihre politische Thätigkeit, sondern sucht auch noch unbedingter Weise eine im schwärzesten Heize-Geiste gehaltene — Sittlichkeitszensur über sie auszuüben. Kein Wunder, daß die Firma Stephan sel. Erben neben so vielen Beschäftigungen keine Zeit findet, sich um so unbedeutende Dinge, wie Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen usw. der Beamten zu bekümmern, daß sie sich die Frage nicht vorlegt, geschweige denn beunruhigt, ob es sich mit den Forderungen der Humanität verträgt, Unterbeamte bis zu 70 Stunden die Woche abzurufen und junge Mädchen 7-8 Stunden pro Tag fast ohne Pause an das neuzerzitternde Telephon zu spannen. — Die Antwort des Staatssekretärs war von Budgeteifer durchweht; wenn er sich um ein oder zwei Anzeigen weniger scharrend ausdrückte, als sein Kollege von der anderen Verkehrs-Fakultät, so dürfte das weniger einer geringeren Infizierung mit dem Stumm-Bazillus, als dem Umstande zu verdanken sein, daß die Luft, die trotz alledem und alledem im Reichstage weht, der Verbesserung des Lones von Ministerreden günstiger ist, als die stickige Atmosphäre, die über dem Dreiklassenhaufe brüht. Die Rede schloß mit der pathetischen Erklärung, daß er, der Staatssekretär, „Aufreizungen“ nicht dulden werde.

Von da an flaute die Berathung ab. Herr Stöcker verstandete mit der Unschlbarkeitsschiene, die dem ehemaligen Protestantenpapst eigen ist, „ex cathedra“ will sagen von der Reichstagskanzlei, als ein christliches Dogma, daß Postbeamten Mädchen mit unehelichen Kindern nur dann heirathen dürfen, wenn die Kinder von ihnen, den Beamten, selbst stammen. Die Freimüthigen Dr. Müller-Meinungen und Lenzenmann und selbst der Antikemist Werner mußten den Beschwerden Singers beipflichten. Dagegen erwuchs dem Budget-Nachhauer ein nicht eben durch Geschäftlichkeit exzellirender Bundesgenosse in der Gestalt des Herrn Sittart vom Zentrum, der die Maßregelung des genannten Postbeamten mit — Ausschließen aus der sozialdemokratischen Partei zu rechtfertigen suchte. Genosse Singer fertigte den ultramontanen Knebelungs-Befürworter gebührend ab.

Am Schluß der Sitzung erhielt die Regierung noch einen empfindlichen Wadenstreich, indem das Haus, das sich nicht mit der ungerügten, feierlichen Versprechungen zuwiderlaufenden Vermehrung der Assistentenstellen, wie sie im Etat vorgeschlagen wird, abweisen lassen will, Beweismittel der betreffenden Titel an die Budget-Kommission beschloß.

Am Montag: Fortsetzung der Postetatsberathung.

270. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Kräfte.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen, die meist debattelos gemäß dem Antrage der Kommission erledigt werden.

Eine Petition des Staatsanwalts Wagner in Zweibrücken verlangt die Einführung der Strafverschickung (Deportation). Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Thiele (SD.) wiederholt seinen schon in der Petitionskommission gestellten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Der Betent hat seine Petition, die u. a. auch die Deportation „innerer Feinde“ wünscht, mit hohlen Phrasen begründet. Die Erfahrungen, die Frankreich, England und Rußland mit der Deportation gemacht haben, sind wenig ermutigend. (Sehr richtig! links.) Es liegt kein Grund vor, die von den römischen Kaisern erfundene Strafart der Verschickung einzuführen, wenn auch neuerdings manche Anfälle aus jener Zeit wieder aufgeführt wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Das Haus — ca. 25 Abgeordnete sind anwesend — beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats beim Postetat fortgesetzt.

Staatssekretär Kraetke: Die noch fortdauernde Depression in Handel und Verkehr hat uns genöthigt, die Einnahmen möglichst vorsichtig zu taxiren. Wir hoffen außer den als Mehreinnahmen vorgezählten 15 Millionen noch die vier Millionen einzubohlen, um die die letzten Einnahmen hinter dem Anschlag zurückgeblieben waren. — Die Beamtenstellen sind um 234, die Unterbeamtenstellen um 2729 vermehrt worden. Leider konnten wir nur 2000 Assistentenstellen berücksichtigen. Wir haben zur Zeit ca. 8000 unangestellte Beamte; unser Wunsch geht dahin, das Diätariat dieser Beamtenklasse möglichst abzuführen. Allerdings wird man im Allgemeinen die Aussichten dieser Beamten nur dadurch verbessern können, daß man sie in den Postämtern dritter Klasse unterbringt, wenn man auch zugeben muß, daß das keine sehr günstige Anstellung ist. — Zu Gunsten der Assistenten sollen künftig bei den Postämtern erster und zweiter Klasse keine weiblichen Personen mehr angestellt werden. Weiter sind vorgesehene 1200 Zulagen für gehobene Unterbeamten. — Entlassungen unangestellter Beamter sind nur in solchen Fällen vorgenommen worden, wo bei festangestellten Beamten das Disziplinarverfahren eingeleitet sein würde.

Zur Geschäftsordnung regt Eichhoff (SP.) an, zum Titel „Staatssekretär“ die Besprechung aller derjenigen Fragen zu unterlassen, die sich bei den einzelnen Titeln erörtern ließen.

Hug (Z.) auf der Tribüne schwer verständlich, bringt Wünsche für den postalischen Grenzverkehr vor, hofft auf eine reichsgesetzliche Regelung der Wohnungs- und Servisverhältnisse und klagt über die schlechte Bezahlung und ungenügende Sonntagsruhe der Postagenten.

Eichhoff (SP.): Der vorübergehende Einnahmeausfall der Postverwaltung ist auf die Aufhebung der Privatposten und die Ermäßigung der Ortsstarke zurückzuführen. Indessen liegt kein Grund zum Pessimismus vor. Vorläufig sind die mageren Jahre im Postetat zu Ende. Bezüglich des Personals möchte ich den Staatssekretär fragen, warum die Gehälter nicht bei allen Beamten vierteljährlich gezahlt werden. Man spart doch auch Arbeitskräfte damit. Die Avancementsaussichten der höheren Beamten sind augenblicklich sehr schlecht. Sie würden sich noch verschlechtern, wenn eine Reihe Juristen in den Reichspostdienst eingestellt werden sollte. — Die Stellenzulagen bilden ein fortgesetztes Leiden für die Beamten fast aller Kategorien. Sollte es nicht möglich sein, für alle Stellenzulagen feste Bedingungen zu schaffen? Die Repräsentationskosten der Postdirektoren in der Provinz sind höher als die in Berlin. Ein großer Mißstand ist es, daß die höheren Beamten meist aus dem Bureaudienst hervorgehen und den praktischen Dienst nicht kennen. Hier wäre eine Aenderung sehr am Platze. (Beifall links.)

Singer (SD.): Im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner kann ich es nur begrüßen, daß die Reichspostverwaltung die Entschädigung für Privatposten nicht aus den Anleihen genommen hat. Darin stimme ich mit ihm überein, daß ich das ganze System der Stellenzulagen am liebsten beseitigt sähe. Die Klagen über unzureichenden Wohnungsgeldzuschuß, die Herr Hug vorbrachte, sind einer großen Verallgemeinerung fähig. Warum hat er nicht verhindert, daß seine Fraktion die Frage auf fünf Jahre verlagert hat? (Sehr richtig! bei den Soz.) In Bezug auf den Etat theile ich weder den Optimismus des Vorredners, noch den Pessimismus des Staatssekretärs; es lag kein Anlaß vor, die Wünsche des Reichstags vom vorigen Jahre nicht zu berücksichtigen. Nach dem glorreichen Beispiele beim chinesischen Feldzuge hat der Staatssekretär eine Anzahl Beamten mit goldenen Schleifen und goldenen Lizenzen ererbt und ihnen das Recht erteilt, sich Oberkassierer, Oberbriefträger usw. zu nennen. Da scheint der freundschaftliche Einfluß des Reichsfinanzamtes mitzuwirken, dessen Direktor Zwele ja neulich meinte, daß Titel erstrebenswerther seien, als Gehaltszulagen. — Ich glaube aber, daß ein tätiglich befohlener Postbeamter lieber eine Zulage von 200 Mark als solche Kinkerlitzchen (Große Heiterkeit) nimmt. Die Klagen über die ungerechte Verteilung der sogenannten gehobenen Stellen wollen noch immer nicht verstummen. Es wird immer von Neuem behauptet, daß dabei noch Günst statt nach Leistungen ver-

fahren wird. Auch ist das ganze Bahnpostpersonal auf Nebentrecken von der Vergünstigung, die diese Stellen mit der 200 Mark-Zulage bieten, ausgeschlossen. Warum die Verwaltung, ihrem Versprechen zuwider, die Postassistentenstellen nicht vermehrt hat, ist von dem Staatssekretär nicht genügend aufgeklärt worden. Aus seinen eigenen Ausführungen geht hervor, daß man wohl eine Vermehrung für 3000 neue Assistentenstellen haben würde. Er hat uns auch mitgeteilt, daß man die sogenannten „geflügelter Kolonnen“ beibehalten wolle. In dem platonischen Wohlwollen der Verwaltung für die unangestellten Beamten zweifle ich nicht; aber damit allein ist den Diätaren, welche nach einer gesicherten Anstellung verlangen, über deren Haupte immer die sechs wöchentliche Kündigung schwebt, wenig gebient. Es sind auch trotz der Erklärung des Staatssekretärs Fälle von Kündigung unangestellter Beamten vorgekommen, die bei fest angestellten Beamten nicht zu einem Disziplinarverfahren geführt hätten. Ein Beamter, der das Verbleiben im Amte erst der Beschwerde gegen einen Vorgesetzten verdankt, hat weder in dieser, noch in einer späteren Stelle ein besonders glückliches Dasein. — Den diätarisch beschäftigten Postassistenten sollte man zum mindesten, sobald sie über fünf Jahre beschäftigt sind, dasselbe an Lagedeltern gewähren, was die angestellten Beamten an Gehalt beziehen. Die Arbeitszeit der Unterbeamten ist übermäßig hoch; bei Postämtern 3. Klasse steigt sie auf 69 bis 70 Stunden wöchentlich. Auch die Klagen über mangelhafte Sonntagsruhe und über zahlreiche Urlaubsverweigerungen wollen nicht abreißen. Urlaubsverweigerung liegt nicht einmal im Interesse der Beamten selbst, denn der Urlaub dient dazu, die Arbeitskraft zu feigern. Nach mir vorliegenden Mittheilungen erstreckt sich die Arbeitszeit der Telephonistinnen von 7 Uhr Morgens bis 2 Uhr Mittags oder von 2 Uhr Mittags bis 10 Uhr Abends, mit je einer Frühstück- oder Abendbrodzeit von je 20 Minuten, die so gelegt sind (vor 9 bzw. 5 Uhr), daß sie eigentlich ihren Zweck verfehlen. Jedenfalls ist eine 7-Stündige Thätigkeit an dem Fernsprechapparat geradezu gesundheitschädlich. (Sehr richtig! b. d. Sozial.) Es scheint, daß der Staatssekretär des Reichspostamts nach den Vorbeeren des preussischen Eisenbahnministers geküsst. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung kein Recht hat, sich um die außeramtliche Thätigkeit ihrer Beamten zu bekümmern. Freilich sind wir in Deutschland noch nicht so weit, wie in anderen Ländern, wo auch die Beamten das Koalitionsrecht besitzen. In der Petitionskommission ist ein Fall behandelt worden, der besonders charakteristisch ist. Ein Postbeamter ist nach 16jähriger Dienstzeit entlassen worden, weil er auf den „Volksboten“ abonniert war und für dies Blatt einen Artikel geschrieben hat, in welchem die Postbeamten zum Festhalten an ihrem Organ aufgefordert wurden. Unglaublicherweise hat die Kommission mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten gegen die der Linken erklärt, daß die Entlassung durch den Inhalt des Artikels gerechtfertigt sei. Solche Maßregelungen ziehen nur die Heuchelei unter den Beamten groß. (Sehr richtig! b. d. Sozial.) In Frankfurt a. M. wurde einem im Postamt beschäftigten Manne von seinem Vorgesetzten die Erlaubnis zur Heirath verweigert, weil seine Braut drei uneheliche Kinder habe. Beim Oberpostdirektor, bei dem er sich beschwerten wollte, wurde der Mann nicht vorgelassen. Er heirathete am 25. April v. J., und am 2. Mai wurde er entlassen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das Zeugniß, das ihm ausgestellt wurde, erklärte seine Leistungen für befriedigend. Weder eine Beschwerde an die Postbehörde, noch ein Sammediatgesuch an den Kaiser hatte Erfolg. Wer in aller Welt hat die Postverwaltung zum Richter darüber eingesetzt, wann ein Unterbeamter heirathen darf? Es ist das Gegenheil von moralisch, jemand zu hindern, ein gegebenes Versprechen zu erfüllen und einen Zustand wieder gut zu machen, den die vorgelegte Behörde für unmoralisch ansah. Mit solchen Eingriffen in die persönliche Freiheit, mit solchen Gewissenszwang beweist sie, daß sie ihre Beamten nicht als freie Staatsbürger ansieht, die ihre Arbeitskraft für eine Entlohnung dem Staate zur Verfügung gestellt haben, sondern als willenlose Werkzeuge ihrer Macht. Diesen Zustand kann ich nur auf das tiefste beklagen und ich hoffe, daß wir im nächsten Jahre nicht wieder solche Beschwerden vorzubringen brauchen. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke: Wir müssen dafür sorgen, daß die Beamten oder angehenden Beamten nicht zu früh solche Verhältnisse, wie sie der Vorredner erwähnt hat, eingehen. (Unruhe b. d. Soz.) Die Leute können mit dem Heirathen bis zur Anstellung warten. Wir sind keineswegs so rigoros, wie Herr Singer meint. 56 Prozent der nichtangestellten Beamten sind verheiratet. Wir entscheiden nach jedem einzelnen Falle. Wahrscheinlich hatte in dem vorliegenden Falle die Oberpostdirektion auch keine Sicherheit für die Nichtigkeit der Angaben des Mannes. Im vorigen Jahre haben Sie uns immer vorgeworfen, wir sollten uns mehr um das Privatleben der Beamten kümmern und ihnen einen Nebenberuf schaffen. In diesem Jahre sagen Sie: kümmerst Euch überhaupt nicht um das Privatleben der Beamten. Das Verbot des „Volksboten“ habe ich bei meinem Amtsantritt vorgeschrieben und halte es aufrecht. Am 28. Februar v. J. schrieb das Blatt: Wenn alle Kollegen sich ducken wollten, wären wir noch um fünfzig Jahre zurück und an einer anderen Stelle wird gesagt: „Glaubt nicht an den Schwindel, daß es einen Vergott gibt.“ Solange ich im Amte bin, werde ich nicht dulden, daß solche Aufreizungen gepredigt werden. (Beifall rechts.)

Stöcker (wildfön): Das Heirathsverbot der Post-

Behörde ist nicht zu billigen, falls es die eigenen Kinder des betreffenden Mannes waren. War das nicht der Fall, so müßte die Postbehörde einen so schmachvollen Ehestand verbieten. (Zustimmung rechts). Ich bedauere, daß Herr Singer von den Ehen und Schleifen, die vom Staate verliehene Ehrenzeichen sind, so geringschätzig gesprochen hat. Jedem wünscht den Paketpostverkehr während der Gottesdienststunden einzustellen.

Staatssekretär Kraetke hofft, daß es gelingen werde, den Sonntag-Paketpostverkehr in Berlin auf die Zeit bis 10 Uhr Vormittags zu beschränken. Die Auszeichnungen dienen, wie ich gegenüber Herrn Singer bemerken will, auch zur Kenntlichmachung der betreffenden Beamten. Die Hoffnung, daß wir mehr als 2000 Beamte in diesem Jahre neu anstellen können würden, ist leider dadurch getrübt worden, daß sich der Verkehr nicht in der gewünschten Weise gehoben hat. Der Urlaub wird möglichst oft bewilligt; auch wird nach Möglichkeit darauf gesehen, daß die 60 Stunden Dienstreit nicht überschritten werden.

Dr. Müller-Meinungen (Sp.) betont die Notwendigkeit eines Postvertrages mit Holland und der Schweiz und bringt einen Fall vor, wo ein Unterbeamter, der sich weigerte, die Privatwohnung des Postamtsvorstehers zu reinigen, nach einer Anzeige beim Oberpostdirektor wegen Gehorsamsverweigerung in eine empfindliche Geldstrafe genommen wurde, während der Vorarbeiter mit einem gelinden Verweis davon kam. Wir müssen dagegen protestieren, daß die Postbeamten wie Offiziersburden behandelt werden.

Staatssekretär Kraetke erklärt, daß ihm der Fall nicht bekannt sei, daß er es aber ebenfalls als durchaus ungebührlich bezeichnen müsse, wenn an irgend einen Unterbeamten die Forderung gestellt werde, solche Privatdienste zu leisten.

Kirsch (Z.) tritt für vollständige Beseitigung der „gehobenen“ Stellen ein und empfiehlt, die Beträge zur Erhöhung der Unterbeamtengehälter zu verwenden.

Graf Oriola (M.): Dem Antrage Müller-Sagan zum Titel 22, tausende neue Assistentenstellen in den Etat einzustellen, stimmen wir zu. Aus staatsrechtlichen Gründen empfiehlt es sich jedoch, diesen Antrag in eine Resolution umzuwandeln. Daß die Postverwaltung Blätter verbietet, die Haß und Unzufriedenheit erregen, halten wir für berechtigt. (Beifall h. d. Rechten).

Werner (M.) tritt für die Vermehrung der Postassistentenstellen ein. Der „Deutsche Postbote“ sei kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein königstreues und patriotisches.

Reizmann (Sp.) empfiehlt, die vom Staatssekretär in Aussicht genommenen Stellen baldigt zu schaffen, um eine Anzahl Postämter zu entlasten. (Sehr richtig! links.) Was den „Postboten“ angeht, so tritt dieser voll und ganz für die Interessen der Postbeamten ein. Was der Staatssekretär vorlas, war ja etwas derb, aber es ist jetzt in modern, sich schamlos auszubrechen. Jedenfalls dürfte man deshalb nicht einen Mann aus dem Postdienst entlassen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetke: Für die Einsetzung der Postbeamtenstellen sind nicht finanzielle Bedenken maßgebend gewesen, sondern lediglich dienstliche Gründe. Jedem beiträgt, daß er früher ein festeres Versprechen abgegeben habe.

Sittart (Z.) rechtfertigt die Haltung seiner Freunde in der Petitionskommission. Wir haben nur getadelt, daß ein Postbeamter einen Artikel schreibt, in dem er die Behörde angreift. Wie ist es, wenn ein Genosse gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei schreibt? Er fliegt hinaus! Dasselbe Recht hat auch die Postverwaltung. Anwalt habe ich nach Schluß der Sitzung die Vertreter der Postverwaltung gebeten, Gnade für Recht ergehen zu lassen und den Mann wieder einzustellen.

Singer (Sp.): Herr Sittart hat gar nichts bemerkt. Es kommt uns darauf an, wie er gestimmt hat. Er hat mit den Konservativen und Nationalliberalen gestimmt. Herr Sittart hat also zugegeben, daß er nicht nach sachlichen Gründen gehandelt hat, sondern nach Ausführungen von anderer Seite. Unsere Parteitage sind der schlagende Beweis dafür, daß es in unserer Partei nicht Sitte ist, Jemand der anderer Meinung ist, aus der Partei auszuschließen. Aus dem von mir verlesenen Theil des Artikels geht hervor, daß es sich um eine Aufreizung gegen die Behörden in diesem Artikel nicht handelt. Was nennen Sie denn überhaupt aufreizen? Darf sich denn der Beamte nicht einmal gegen Bestrebungen erklären, die der Staatssekretär zu unterstützen die Güte hat? (Zustimmung bei den Sw.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Dr. Müller-Sagan (Sp.) beantragt, die Titel, die auf Postassistentenstellen Bezug haben, der Budgetkommission zu überweisen.

Der Antrag wird von den dreißig anwesenden Abgeordneten, wie Vizepräsident Büsing verkündet, mit großer Mehrheit (Große Mehrheit) angenommen.

Nach beendeter Erledigung einiger weiterer Titel verläßt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Politische Handlungen.

Deutschland.

Der Seniorensenator des Reichstages hielt am Sonnabend eine Sitzung ab. Präsident Graf Ballestrem betonte, daß sich die Situation insofern geändert habe, als nunmehr im Reichstag die Absicht vorwalte, das Phosphorgezeß und die Draxlerkassensubventionen, die unipränglich nur in erster Lesung hatten bestehen sollen, endgültig in drei Lesungen zu erledigen. Die Erwartung, daß die Session noch vor Ostern geschlossen werden könne, sei dadurch hinfällig geworden. Es werde versuchen, eine Vertagung zu erzielen für die Erledigung des Phosphorgezeßes, der Draxlerkassensubvention u. s. w. vom 22. März bis zum 22. April.

Polnische Wirtschaft. Immer tiefer verfiel das polnische Reichsland in den Sumpf der Korruption. Die Handelskammer, die anlässlich der Erwerbung eines Kupferbergwerks in Neuhammer in Schlefien gemacht worden und Donnerstag in den Verhandlungen der Reichstagskommission angedeutet worden sind, werden wegen ihrer Schmutzigkeit aus dem Reichsland, der die Pangermanen und Kanonierwägel der Pöbelkassensubvention noch in guter Erinnerung hat. Ohne die Gewährung des Reichstages einzusetzen, hat nämlich die Reichsverwaltung ihren Einfluß auf die Wägel, an den Grafen Alfred Dohna, einen reichlichen, aber noch über Jahr bestanden, durch die Reichsverwaltung zu erhalten. Obwohl die Reichsverwaltung viel größeren Schaden als bisher hätte machen können, beschränkt

sie in lässlichem Eifer darauf, just dem Grafen Dohna sein Areal abzunehmen und ihm dafür, wie der verrückte Engländer in der Anekdote, „jeden Preis“ zu zahlen. Die kleinen Landwirthe hatten dagegen Mühe, auch nur die notwendigen Entschädigung für ihren enteigneten Grundbesitz herauszuschlagen. Ja, es ereignete sich sogar der unerhörte und vollkommen rechtswidrige Fall, daß ein Bauer expropriert und sein Land dem Grafen Dohna in Austausch gegeben wurde. Der Skandal war denn auch so arg, daß, wie bereits kurz gemeldet, die Budgetkommission ein einstimmiges Tadelvotum sprach, indem sie von den Forderungen der Heeresverwaltung 620 000 Mark abstrich. Würde sich ein ähnlicher Fall in Frankreich ereignen, dann wäre es eine „Affaire“, von der die ganze Welt spräche und die ein paar Ministern den Kraken kostete. Es ist ein trauriger Ruhm Preußen-Deutschlands, daß bei uns derartige Geschichten viel stiller und harmloser verlaufen. Wie groß das Vertrauen in die milderen Sitten unseres Landes ist, beweist der Umstand, daß man sich nicht nur begnügt, derartige kleine Geschenke hinterher durch Etatsüberschreitungen unter die Krack der Ausgaben zu bringen, sondern daß man auch bei der Aufstellung des Etats selbst nicht weniger freundschaftlich zu Werke geht. Der geplante Neubau für das Reichsmarineamt soll nach dem Etat für 1903 durchaus auf dem theuersten Bauplatz von ganz Berlin errichtet werden, für dessen Ankauf mehr als sechs Millionen Mark (!) gefordert sind. Der Platz ist so theuer, daß sich für ihn kein Käufer findet, wenn nicht das Reich gefällig einpringt. Der Hauptinteressent dieses Handels soll aber, wie allgemein erzählt wird, nicht weniger beliebt sein, als der Graf Alfred Dohna zu Neuhammer es ist. »Kochajme sie! Lieben wir einander! war die berühmte Parole der polnischen Sclachta, wo eine Hand die andere wusch und ein Geschick das andere schob. Wie possirlich das Pathos unserer katolischen Minister doch ist, wenn sie von dem Segen sprechen, den die tabellose Korrektheit der preussisch-deutschen Verwaltung über Polen gebracht hätte. Wie Kom nach der Eroberung von Hellas griechisch wurde, ist Preußen nach dem Raube Polens polnisch geworden. Neben den großen Zollwucher- und Viebesgabengeschäften verschmäht man auch den Kleinhandel nicht mehr, wenn er nur einträglich ist. »Kochajme sie! Zahlen muß die Kanaille!

Eine Reichsfinanzreform in Sicht? Als am Mittwoch im sippischen Landtag die alten Klagen über die finanzielle Abhängigkeit vom Reich wieder laut wurden, theilte Staatsminister Grewel mit, daß auch im Bundesrath absehtig, und selbst bei Preußen, die Ansicht herrsche, daß es so wie jetzt nicht weiter gehen könne. Es werde deshalb wohl in nicht allzu ferner Zeit eine Reichsfinanzreform vorgenommen werden, und zwar, wie er glaube, in der Weise, daß die Matrikularbeiträge nicht höher als die Ueberweisungen aus den Ueber-schüssen des Reiches sein würden.

Wahlwörter. Der schlichte Bergmann aus dem Centrum fliegt aus einem Wahlkreis in den andern. In Rattowitz, wo man ihn aufgestellt hatte, mögen ihn die besseren Centrumskreise nicht haben. Er wurde insolge dessen fallen gelassen und Herr Detoch wieder aufgestellt, der früher abgelehnt hatte. Den schlichten Bergmann versetzte man kurzerhand in den Wahlkreis Deuthen und sagte dort den Maßgeistsapostel Pfarrer Kapita ab. Wie lange der Bergmann Krolit in Deuthen Kandidat bleibt, steht noch dahin. — Der konservativere Vertreter des Wahlkreises Deutsch-Krone, Abg. Camp auf Hebron-Dammitz, ist als Kandidat der vereinigten Konservativen und National-Liberalen wieder aufgestellt worden. — Im Wahlkreise Sangerhausen-Eckartsberga wird Pastor a. D. Köstke als Kandidat der vereinigten liberalen Parteien kandidieren, nachdem er erklärt hat, sich im Fall seiner Wahl der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant anschließen zu wollen. Daraufhin wird auch die Freisinnige Volkspartei ihre Stimmen auf genannten Kandidaten vereinigen. — Im Wahlkreise Helmstedt-Wolfenbüttel wird von unserm Genossen Maurer Kiele Braunschweig aufgestellt. Die anderen Parteien sind sich noch nicht schlüssig geworden, die Nationalliberalen und gemischten Elemente des Bundes der Landwirthe wollen an dem bisherigen Vertreter v. Kaufmann festhalten, der aber von der extremen Richtung des Bundes der Landwirthe bekämpft wird. — Die Antisemiten in Hamburg haben jetzt auch besondere Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt, und zwar im 1. Bezirk den Abg. Raab, im 2. Bezirk einen Arbeiter Cardel, im 3. ihren Verbandssekretär Hennigsen. Mit ihrer Arbeiterkandidatur wollen sie unserer Partei Abbruch thun, werden aber hiermit nicht den geringsten Erfolg haben. Der Kandidat Hennigsen ist dadurch weiteren Kreisen bekannt geworden, daß er die Beschwörung über die Vertheuerung der Lebensmittel infolge der Zollpolitik auf die Sucht der Arbeiterfrauen, einen „Schwugroschen“ zu machen, zurückzuführen gesucht hat. Diese eigenartige Lösung einer wichtigen sozialen Frage wird ohne Zweifel den antisemitischen Kandidaturen von vornherein den Boden untergraben. — Die Christlich-Sozialen haben für Wülheim an der Ruhr den Arbeitersekretär Behrens-Welsh als Kandidaten aufgestellt. — In Singen-Alzheim, jetzt durch Schmidt-Elberfeld (Freih. Volksp.) vertreten, haben die Nationalliberalen den Fabrikanten Avenarius-Gaalgewinn und das Centrum den Rechtsanwalt Dr. Brenfano-Offenbach in Aussicht genommen. Außerdem wird nach der „Nat. Ztg.“ ein „alldeutscher“ Kandidat, Reichsanwalt Elaf-Ratz genannt. Vor fünf Jahren stimmte das Centrum gleich im ersten Wahlgange für Schmidt. — Für den Wahlkreis Hückel-Willingen wurde dem „Vorw.“ zufolge von der Zentrumspartei der Landrichter Fißbert aus Frankfurt a. M. als Kandidat aufgestellt. — Im Wahlkreise Saargemünd wird der bisherige Vertreter Baron de Schmid (kons.) bei den kommenden Reichstagswahlen wieder kandidieren.

Die schwarze Fahne im Reichstage. Von der Petitionskommission war der Geschäftsordnungskommission bekanntlich die Eingabe des Oberamtmannes Bannier in Stuttgart auf Verklärung der Pfäfersgewalt überwiesen worden. Der Oberamtmann hatte bekanntlich vorgeschlagen, daß eine schwarze Fahne am Pfäferschloß gehißt werden solle und der Polizeikommissar zu Hilfe gezogen werden sollte, wenn inaktive Systeme sich ereigneten. Die Kommission erachtete die Petition als ungeeignet für die Erörterung im Plenum.

Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Nationalökonomie an der Universität Gießen für den Vertrauensmann des Bundes der Landwirtschaft in Rußland hatte bekanntlich der Antisemit Böhrer in der zweiten hessischen Kammer beantragt. Die Kammer hat nun am Freitag diesen Antrag an eine Kommission verwiesen, aber zusammen mit einem sozialdemokratischen Antrag, auch einen sozialdemokratischen Professor nach Gießen zu berufen.

Ein Petersburger scheint als Stationschef in Deutsch-Ostafrika zu haufen. Dem Briefe eines Pflanzers an einen unserer Reichstagsabgeordneten entnimmt die „Münch. Post“ folgende interessante Stellen: „... Wir haben jetzt einen Stationschef in Fringa (Uhehe) Namens Krake, der sich allerdings keiner Beliebtheit und keines Ansehens unter den Eingeborenen erfreut. Seit Beendigung des Krieges (96 mit 98) hatten wir vier Stationschefs hier. Jeder erfreute sich der besten Achtung bei den Eingeborenen, nur der gegenwärtige nicht. Er fand es für nötig, öfters anstrommeln zu lassen, wer ihn nicht grüße, komme an die Kette und erhalte 25 aufgezählt. Damit hat er erreicht, daß sich die Leute erst recht verstecken, wenn er kommt. Bis jetzt hatte es kein Stationschef nötig, zu solch lächerlichen Mitteln zu greifen. Da versteckte sich kein Eingeborener, jeder freute sich, wenn er den Stationschef sah. Doch wie der gegenwärtige mit den Leuten verfährt, dürfte von Interesse sein. Ich war Augenzeuge eines solchen Vorfalls. Am Samstag d. 2.ritt der Hauptmann durch eine der Straßen von Fringa. Ein arabischer Kaufmann Hassan ben Abbouladin, der dort seinen Laden hat, war gerade beschäftigt, überfah den Hauptmann Krake und grüßte nicht. Da ritt der Hauptmann zurück und sagte zu dem Araber: Wenn ich nochmal bei Dir vorbeikomme und Du grüßt mich nicht, lasse ich Dir 25 aufzählen, Du Schwein! Der Araber entschuldigte sich und versicherte, er habe den Herrn Hauptmann wirklich nicht gesehen. Bald darauf brachte der Araber Geld zur Einzahlung auf die Post. Als er mit dem Geld aufzählen fertig war, sagte der Hauptmann, jetzt wäre keine Zeit dazu, er solle machen, daß er weiter komme. Dann nahm der Hauptmann die Hundspitze, seine feste Wegleiterin, und haute den Araber selbst durch, so daß dieser später den linken Arm nicht mehr bewegen konnte und sieben fingerdicke und lange blaue Streifen hatte, welche noch lange Zeit sichtbar waren. Der Araber ließ das Geld zurück und riß aus. Nach einiger Zeit schied der Hauptmann einen Soldaten zu dem Araber, mit dem Auftrage, er solle sein Geld abholen. Als der Araber darauf hin kam, gab ihm der Hauptmann etwa 20 Schläge über den Kopf und ließ ihn noch drei Tage einsperren. Auch bei den Mädchen ist der Hauptmann trotz seiner Vorliebe für sie keineswegs beliebt. Das beweisen folgende Vorfälle: Der Häuptling Matajene kam zu einer Schauri (Verhandlung der Häuptlinge) aus der Landschaft Nam-Nam nach Fringa, sowie das Weib seines Bruders Mafa Dana. Der Hauptmann ließ durch den Häuptling Fahenga das Weib des Mafa Dana zu sich ins Haus holen, gebrauchte sie fleischlich, trotzdem sie sich wehrte, und entzündete sie mit 4 Pfennig (1 Mk. 50 Pf.) Auf einer Reise nach Nam-Nam wollte der Hauptmann ein Weib des Sultans Merere zu sich ins Zelt locken. Als ihn ein Verwandter des Sultans beehrte, daß dies nicht statthaft sei und den Sultan aufbringen würde, ließ ihm der Hauptmann 25 aufzählen. Beim Häuptling Matajata in Nam-Nam angekommen, wollte der Hauptmann ein Weib haben. Auf die Weigerung des Häuptlings drohte der Hauptmann mit den üblichen 25, worauf der Häuptling sagte: Ich lasse mich von Dir nicht haufen und vor meinen Leuten erniedrigen; wenn Du mich haust, fange ich mit Dir Krieg an. Solche Fälle sind geeignet, die Leute wieder in Unruhe zu bringen, nachdem jetzt Alles im Frieden ist. Geseht den Fall, der Hauptmann Krake wäre noch mehrere Jahre auf der Station und der Aufstand wäre wieder fertig. Ein Mann grüßte den Hauptmann auf dem Marsche in Nam-Nam, war aber krank; er sagte: Jambo Banacuba, also ein guter Gruß; er konnte aber die rechte Hand nicht an den Kopf heraufbringen. Da für erhielt er 25 aufgezählt. — Als unlängst Hänge-Peters energisch seine Rehabilitation betrieb, von der es übrigens wieder merkwürdig still geworden ist, posante es die kolonialfreundliche „Nat.-Ztg.“ als großen Fortschritt in der deutschen Kolonialpolitik aus, daß das System Peters nunmehr glücklich überwunden sei. Der Fall Krake zeigt jedoch, daß das Unkraut noch längst nicht ausgejätet ist, und daß Miniaturausgaben des großen Karl noch immer ihr Unwesen treiben. Dem Kolonialamt aber erwächst die Pflicht, sofort zum Rechte zu sehen, und, falls sich die Angaben des Pflanzers bestätigen, Herrn Krake von seinem vorgeschobenen Posten zu entfernen, bevor er noch mehr Unheil anstiftet und womöglich die Kriegsfaçade angündet.

Muß ein Reichstagsabgeordneter einer Zeugenladung Folge leisten? Mit dieser Frage hatte sich Freitag die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages beschäftigt. Der Abg. Hegelmair (Reichsp.), Oberbürgermeister zu Heilbronn, war als Zeuge geladen worden, erschien aber nicht, weil er nach Berlin zu den Reichstags-sitzungen abreiste. Das Gericht hat ihm eine Strafanzeige anhängen lassen. Freitag erklärte nun die Geschäftsordnungs-kommission, daß der Abg. Hegelmair nicht gezwungen sei, der Vorladung des Heilbronner Gerichts zu folgen. Die Zeugenvernehmung muß in Berlin stattfinden. In Betracht kommt § 49 der Strafprozessordnung, der es von der Genehmigung einer gesetzgebenden Körperschaft abhängig macht, wenn eines ihrer Mitglieder an einem andern Ort als am Orte der Tagung vernommen werden soll.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichsenquet über das Kartellwesen hat am Donnerstag im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrathes Dr. van der Borcht begonnen mit den Verhandlungen über das rheinisch-westfälische Kohlen-jundikat. Ueber die Verhandlungen wird ein amtliches Protokoll im „Reichsanzeiger“ erscheinen; die Teilnehmer sind gebeten worden, sie vertraulich zu behandeln. — Die Hosporkommission des Reichstages hat am Sonnabend den ganzen Tag über in der Bündholzhäuser von Miram-Bettenhausen der Herstellung phosphorsäure-triamphphölzer beigewohnt. Die Kommission war mit der Befichtigung vollauf befriedigt. — Der Evangelisch-Bund veranstaltet am 11. März eine große Protest-versammlung gegen die Zulassung der Jesuiten. — Von den in der vorletzten Woche in Berlin verhafteten Anarchisten ist nur einer in Haft gehalten worden. Es wird ihm zur Last gelegt, anarchistische

Schriften verbreitet zu haben. — Eine der ältesten deutschen Zeitungen, das „Frankfurter Journal“ in Frankfurt a. M., Organ der nationalliberalen Partei, wird Ende März sein Erscheinen einstellen. Es wurde im Jahre 1865 von einem Buchhändler Wilhelm Serlin gegründet. Stirbt es nun an Altersschwäche oder am — Nationalmiserabilismus? — Das neue portugiesische Ministerium ist bereits Sonnabend gebildet worden. — Der Bali von Nestab berichtet über einen Zusammenstoß mit einer bulgarischen Bande, bestehend aus 60 Mann, die bulgarische Militäruniformen trugen. 12 Mitglieder, darunter ein Oberst und 5 Offiziere, wurden getötet. Die türkischen Truppen hatten 2 Tote. Ferner meldet „Reuters Bureau“ aus Saloniki: Zwischen den türkischen Truppen und den Einwohnern des nördlich vom Seres gelegenen Dorfes Brondo fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Die Truppen brannten einen Teil des Dorfes nieder.

Afrika.

Zwangsanpassung in Transvaal. In Pretoria ist eine Verfügung betreffend die Organisation des öffentlichen Unterrichts in der Kolonie Transvaal erschienen. Danach soll u. A. der holländische Unterricht einschl. des Religionsunterrichts nicht über 5 Stunden wöchentlich umfassen.

Amerika.

Die Wirren in Zentralamerika. Ein in Washington eingegangenes Telegramm des amerikanischen Admirals Glas meldet die am Donnerstag erfolgte Ankunft von drei amerikanischen Kriegsschiffen in La Union (San Salvador) und berichtet ferner, daß die telegraphische Verbindung mit Amapala (Honduras) unterbrochen ist. In dem Telegramm heißt es weiter, daß am 22. Februar auf dem Festlande ein Gefecht stattgefunden habe, in dem Präsident Sierra vollständig geschlagen, aber mit 300 bis 400 Mann entkommen sei. Vonilla rückt jetzt auf die Hauptstadt vor, die bereits von Bonillas Anhängern besetzt ist. Man nehme an, daß der Kampf im wesentlichen beendet sei.

An die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, B. Bape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassierer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer. Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50; demselben ist gleichfalls die Vermittlung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vereine, welche zur Wahlagitacion einen Referenten wünschen, haben sich umgehend bei Gen. Effinger zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

Lübeck und Wamburggebiete.

Montag, den 2. März 1903.

Die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter Fackenburgs und Umgegend sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Zutritt ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommissionen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) (Eventuell bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern.)
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmitgliedschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
 - 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

L. Die Ortskrankenkasse hielt am Sonnabend Abend eine außerordentliche General-Versammlung im Bürger-Verein ab, zu welcher 10 Vertreter der Arbeitgeber- und 73 Arbeitnehmer-Vertreter erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand einzig der Bericht der gemeinsamen Kommission über die Verhandlungen mit dem ärztlichen Verein betr. Einführung der freien Arztwahl bei der Kasse. Der den Vertretern bereits gedruckt zugegangene Bericht muß feststellen, daß die Ärzte die Einführung der freien Arztwahl auf Grundlage einer Pauschalsumme nicht wünschen, sondern daß ihnen diese nur genehm ist, wenn ihr Honorar nach der Höhe der jährlichen Ausgabe bemessen wird, und zwar sind sie bereit, sich mit 27 Proz. der Gesamtausgabe zu begnügen. Zu dem gedruckten Bericht gab der Vorsitzende, Herr Coleman, einige Erläuterungen und schlug im Auftrag des Vorstandes eine Resolution vor, in der folgendes besagt wird: Die außerordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse beschließt, von der Einführung der freien Arztwahl abzulehnen, wenn nicht der ärztliche Verein auf Grundlage einer Pauschalsumme für ärztliche Leistungen sich hierzu bereit finden läßt. Zu den Ausführungen Coleman's nahm Herr Kurau das Wort; derselbe tabelte das Verhalten der Ärzte und brachte schließlich einen Zusatzantrag ein, dessen Inhalt besagt: Der Vorstand wird beauftragt, die bestehenden, für die Kasse ungünstigen Verträge mit dem ärztlichen Verein rechtzeitig zu kündigen und dann mit den einzelnen Kassenärzten angemessene Verträge zu schließen.

Gegen diese Ausführungen und den Zusatzantrag Kurau wandte sich Herr Coleman; Redner wünschte, daß, obwohl die Offerte der Ärzte für die Kasse nicht gerade günstig sei, trotzdem auf Grundlage des Seitens des ärztlichen Vereins gemachten Angebots mit letzterem nochmals verhandelt werde, damit im Interesse der Kassenmitglieder die freie Arztwahl zu Stande komme. Eine ähnliche Ansicht entwickelte Herr Thiel. Er könne es wohl verstehen, wenn die Ärzte für die durch die Behandlung der Familienangehörigen bedingte höhere Arbeitslast auch eine höhere Bezahlung verlangten und nicht mit dem von der Kasse vorgeschlagenen Einheitslohn von 6 Mk. zufrieden wären. Wenn man den Vorschlag machte, den Ärzten eine feste Summe, und zwar für die verheirateten Mitglieder etwa 8 Mk. und die unverheirateten 4 Mk., also im Durchschnitt auch 6 Mk., zu bieten, so würde wohl eine Einigung zu Stande kommen. Im weiteren Verlauf der Debatte vertheidigte Herr Duschek das Verhalten der Kommission; Herr Dohberstein konstatierte, daß die Ärzte selbst die freie Arztwahl nicht wollen, und ihnen ihren eigenen Vortheil aufzuzwingen, dazu liege kein Grund vor. Herr Körner entwickelte die historische Seite der Angelegenheit, er verwies sodann darauf, daß auch die Krankenassessoren wieder neue Ausgaben für die Kasse mit sich bringen würde. Nicht das ideale, sondern nur das rein materielle Interesse sei maßgebend für die Ärzte in ihrem Verhalten zu den Krankenkassen. Das Bestreben der Kasse gehe nur dahin, stabile Verhältnisse in den Ausgaben für Ärzte zu schaffen, nicht die Ärzte zu schädigen. Nachdem noch mehrere Redner sich lebhaft gegen das Verhalten der Ärzte ausgesprochen hatten und eine Kündigung derselben wünschten, suchte Herr Coleman die Vertreter zu beschwichtigen; er hat, keine Herausforderung der Ärzte, wie sie im Antrag Kurau liege, anzunehmen, sondern das bisher vorhandene gute Einvernehmen zwischen Ortskrankenkasse und Ärzten auch fernerhin bestehen zu lassen. Des weiteren wünschte Herr Coleman, daß die event. demnächst einzuleitenden Verhandlungen der beiden Kontrahenten durch den Kassenvorstand und nicht durch eine Kommission geführt werden sollen. Im Laufe der Diskussion stellte Herr Dohberstein dann den Antrag, den Vorstand zu ermächtigen, daß derselbe den Vertrag den Ärzten kündigen kann. Aus der sich hieran knüpfenden Besprechung war die Feststellung des Herrn Inspektors Oberländer bemerkenswerth, daß die Verträge mit den einzelnen Ärzten wohl durch den Vorstand abgeschlossen werden; der den Abmachungen zu Grunde liegende Kontrakt sei aber mit Zustimmung der Generalversammlung aufgestellt. Wenn nun der Vertrag revidirt würde, so läge es in der Hand der Generalversammlung, den veränderten Abmachungen zuzustimmen. Die Abstimmung ergab endlich die Annahme der Resolution des Vorstandes in Verbindung mit dem Antrag Dohberstein. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob noch Jemand im Interesse der Kasse etwas vorzubringen habe, ging Herr Körner auf den Antrag des Senates an die Bürgerschaft ein, der die Errichtung einer Ärztekammer und eines Ehrengerichts bezweckt. Beide Einrichtungen würden sicher den Krankenkassen zum Schaden gereichen, da alle Abmachungen zwischen Ärzten und Kassen der Zustimmung der beantragten Körperschaften unterliegen würden; deshalb müsse man dagegen sein. Redner wünschte, daß die anwesenden Bürgerschafts-Mitglieder in dem angebotenen Sinne zu Gunsten der Kasse wirken möchten und schlug folgende Resolution vor: Die ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu Lübeck sieht in der Vorlage des Senates auf Bildung einer Ärztekammer und eines ärztlichen Ehrengerichts die Bevorzugung eines einzelnen Standes. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Gründung das Verhältnis der Krankenkasse zu den Ärzten zu Gunsten der letzteren beeinflusst, die Kassenverwaltung in ihrer Entscheidung bei Anstellung von Ärzten und beim Abschluß von Verträgen die Hände bindet und fordert daher die Bürgerschaft auf, die Vorlage des Senates auf Bildung einer Ärztekammer und eines ärztlichen Ehrengerichts abzulehnen. Herr Thiel kann dieser Resolution ohne Weiteres nicht zustimmen, da er sich im Zweifel über die Tragweite der Ärztekammer usw. befindet. Im Uebrigen meinte er, das Bestreben, sich zu koaliren, sei ja ebenfalls bei den Arbeitern vorhanden und deshalb sei auch den Ärzten das nicht zu verwehren. Nachdem der Vorsitzende auf die Bestimmungen der Standesordnung der Ärzte für das Königreich Sachsen hingewiesen hatte und durch Verlesen verschiedener Abschnitte daraus die Gefährdung der Interessen der Krankenkassen bewies, nachdem ferner ausgesprochen wurde, daß durch die Errichtung einer Ärztekammer nur einem einzelnen Stande besondere Vortheile verschafft werden sollten, die durch die Verleihung von Gesetzkraft noch schwerwiegender, als man annehme, seien, äußerte Herr Thiel, seine Ansicht sei durch die Debatte nicht geändert worden. Wenn erst einmal eine Ärztekammer ins Leben gerufen sei, so würde es auch für die Arbeiter leichter sein, Arbeiterkammern zu schaffen. Die Resolution wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen. Einem Wunsch des Herrn Mey, in Zukunft die Genehmigung der Generalversammlung bei Reanstellung von Ärzten einzuholen und bei einer event. Vermehrung der Ärzte möglichst ältere, hier ansässige Herren zu berücksichtigen, wurde einstimmig zugestimmt. Nachdem einige Beschwerden gegen den Inspektor vorgebracht und beantwortet waren, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.

Gegen die Errichtung einer Ärztekammer sprach sich eine Freitag Abend abgehaltene öffentliche Versammlung des Bürgerrechtsvereins in folgender Resolution aus: „Die im Konzerthaus Fünshausen tagende öffentliche Versammlung des Bürgerrechtsvereins kann eine Nothwendigkeit für das in Vorlage gebrachte Gesetz betr. die Errichtung einer Ärztekammer und eines Ehrengerichts für Ärzte nicht einsehen, hält vielmehr dafür, daß dieses Gesetz nur eine weitere Schädigung der Interessen lübeckischer Steuerzahler in sich birgt, weil dadurch der Kassengeist großgezogen, sowie die Bestrebungen für Volkswohlthät und Volksgesundheit geschädigt werden. Sie bittet die Bürgerschaft, dieses Gesetz seinem ganzen Umfange nach abzulehnen.“

Vom Hafen. An Stelle des am Arsenalgebäude angebrachten kleinen Läutewerks zwecks Signalisirung aufkommender Dampfer ist nunmehr auf der Marktkaltherasse das bisher bei der Herrenfähre angewandte größere Läutewerk angebracht worden. Dasselbe wird am Tage auf elektrischem Wege vom Hauptzollamt bedient. Diese Einrichtung entspricht einem langgehegten Bedürfnis, da die Glocke 1/2 Kilometer weit hörbar ist.

-o- Zirkus Variete (Neuertrag). Das neue Programm, dessen Kräfte Sonntag zum ersten Male am Erlöse wählten, gehört sicherlich zum Besten, was uns jemals im Laufe des Winters im Zirkus Variete geboten worden ist. Es ist eine stattliche Reihe ganz hervorragender Artisten, die ins Treffen geführt wird. Kein „Bläser“ befindet sich darunter, hinter dem sich dann ein Schwarm minderwertiger Kräfte bewegt, sondern es sind, so kann man getrost behaupten, fast nur „Bläser“. Giqui kommt ferner noch, daß die Zusammenstellung außerordentlich geschickt

erfolgt ist. Gleich die erste Nummer Gusti's Humoristische Illustrationen sprach gut an; Lichtbilder, zu denen eine Dame den begleitenden Text singt. Der Gesang ist zwar nicht gerade hervorragend, auch muthe die Plottenpropaganda am Schlusse etwas unzeitgemäß an, aber das Ganze ist doch so geschickt arrangirt, daß man über die geringen Mängel gern hinweg sieht. Fred Weston ist ein ganz vorzüglicher Saltomortale-Springer. Eine liebreizende Erscheinung auf dem Drahtseil ist Paula Genti. Die junge Dame, kaum den Kinderstühlen entwachsen, bewegt sich mit einer geradezu verblüffenden Sicherheit und Eleganz auf dem gespannten Telegraphendraht. Man wird selten wieder eine Künstlerin von derartig hoher Schulung zu sehen bekommen. Mit den Humoristen werden wir in Lübeck jetzt geradezu verwöhnt; einer ist immer noch besser als der andere! Auch Martin Ballé, der dieses Mal das Fach vertritt, ist ein Meister. Seine zumest politisch gefärbten Couplets haben Hand und Fuß. Das Publikum nahm ihn nahezu stürmisch auf. Einer ganz vortrefflichen Aufnahme hatte sich auch Otto Schumann zu erfreuen, der drei Pferde und eine Dogge vorführte. Das Pferdmaterial ist geradezu glänzend zu nennen, die Dressur, besonders auch der Dogge, über alle Maßen gut. Die Humoristin Antonie Gates, die ihr Repertoire selbst verfaßt, scheint eine recht geistreiche Dame zu sein, wie ihre Vorträge beweisen. Vorzüglich gelang ihr die Travestie einer Frauenversammlung. Weniger glücklich war sie dagegen bei der Darstellung des Falles Singer im Reichstage. Bekanntlich hat Singer 1. Jt. den Reichstag nicht verlassen, weshalb er also auch nicht von draußen den Verhandlungen durchs Schlüsselloch zusehen konnte. Im Uebrigen aber: die Dame kann es mit jedem ihrer Kollegen aufnehmen, der Lorbeer des Siegers wird ihr nicht vorenthalten bleiben. Das Publikum verlangte von der Künstlerin immer und immer wieder neue Zugaben, bis bei dem Spiele schließlich selbst ein Ende setzte. Die beiden Brothers Schadow zeigen in ihren erstaunlichen Gladiatorenspielen, was männliche Kraft und ständige Uebung vermag. Die schwierigsten Tricks führten sie mit Leichtigkeit aus. Auch sie fanden stürmischen Beifall. Den letzten Teil des Programms bildete Batty's dreifache Bärengruppe. Die sieben Bären weisen einen sehr hohen Grad von Dressur auf, weshalb der Erfolg der Nummer stets gesichert ist. Zum Schluß gab es, wie üblich, Vorführungen von Droese's Kineamatographie. Von den neuen Bildern erweckte besonders „Was die Polizei alles mit der Blendlaterne sieht“ Beifall. Den Besuch dieses Programms können wir mit gutem Gewissen empfehlen.

Wegen Verführung einer Minderjährigen verurtheilte die hiesige Strafkammer Sonnabend den Arbeiter D. zu 3 Monaten Gefängniß. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.



Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Handelsregister. Am 25. Februar 1903 ist eingetragen: bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Lübecker Spezialbier-Brauerei E. Trobisch u. Co. in Lübeck: die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen; bei der Firma Gustav Otto in Lübeck: die Firma ist erloschen. Am 26. Februar ist eingetragen: bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma G. C. Bandholdt in Lübeck: die Gesellschaft ist aufgelöst, der bisherige Gesellschafter J. C. H. Bandholdt ist alleiniger Inhaber der Firma; die Firma Voletta Gaedt in Lübeck: Inhaberin: Ehefrau des Konditors J. R. D. B. Gaedt, B. M. geb. Pederzani in Lübeck.

pb. Rasch tritt der Tod den Menschen an. Gestern Mittag gegen 12 1/2 Uhr sank eine 75 Jahre alte Insassin des Stieghausens in der großen Burgstraße unweit des Thores plötzlich um und war nach wenigen Minuten eine Leiche. Ein Schlaganfall hatte dem Leben der alten Frau ein Ziel gesetzt.

pb. Ein Sommerjüngstreich. Am Sonnabend Abend wurde ein mit seiner Mutter die Fürstenthor-Brücke passirendes 11 jähriges Schulmädchen von einem etwa 13 jährigen Knaben, ohne jegliche Veranlassung mit einem spitzen Gegenstande in den Oberarm gestochen. Der Thäter entkam durch die Flucht, wurde aber später ermittelt. Der Thäter erklärte, daß er den Stich mit einer Schreibfeder ausgeführt habe und zwar in der Absicht, sich einen Spaß zu machen.

pb. Selbstmord. Ein hiesiger älterer Kommis suchte und fand gestern Mittag den Tod durch Ertrinken im Kanal unweit der Eisenbahn-Brücke bei der Sophienstraße. Lebensüberdruß dürfte den Mann in den Tod getrieben haben.

Zuzug von Arbeitern nach der Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Fabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Aus dem Fürstenthum Lübeck. In der letzten Nummer der nationalsozialen „Globe“ stellt der Provinzialsekretär der Nationalsozialen, Herr Kuhlmann, die Behauptung auf, daß ein nationalsozialer Flugblattvertheiler von „Genossen“ im südlichen Theil des Fürstenthums mehrfach bedroht und verfolgt wurde. Als Grund hierfür nimmt der Herr an, daß das von ihnen herausgegebene Flugblatt, welches eine Kritik des sozialdemokratischen Kalenders darstellen sollte, unsere Genossen in Harnisch gebracht habe. Arme Tröpfe, die da glauben, daß ein nationalsozialer Flugblatt, welches noch dazu jeder Logik entbehrt, Sozialdemokraten derart in Harnisch bringen kann, daß sie sich an einem armen Flugblattvertheiler vergreifen! Mit solchen Waffen mögen wohl Anhänger der bürgerlichen Parteien kämpfen. — Sozialdemokraten aber verschämten eine solche Kampfmethode. Uebrigens wäre es sehr erwünscht, wenn Herr Kuhlmann uns einmal den Nachweis lieferte, daß die angebliche Bedrohung und Verfolgung von Seiten unserer Genossen erfolgt ist. Herr Kuhlmann, reiß seine nationalsozialen Freunde werden doch nichts behaupten, was sie nicht beweisen können?

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargemeinde. Die Lohnforderungen der Maurer und Zimmerer in Bergedorf sind von der Innung unter Hinweis auf den ablehnenden Standpunkt der Hamburger Innung gegenüber den Forderungen der Maurer und Zimmerleute ebenfalls abgelehnt worden. Jedoch wurde verprochen, bei einer event. späteren Bewilligung der Lohnforderungen der Hamburger Gesellen hierorts ohne Weiteres eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. — In Fehde unterlagen unsere Genossen bei der Wahl eines Stadtrathes mit 186 gegen 213 bürgerliche Stimmen.

Behörde ist nicht zu billigen, falls es die eigenen Kinder des betreffenden Mannes waren. War das nicht der Fall, so müßte die Postbehörde einen so schwachen Gehalt und Verhütung (Zustimmung rechts). Ich bedauere, daß Herr Singer von den Biken und Schleifen, die vom Staate verschiedene Grenzzeichen sind, so geringfügig gesprochen hat. Hedner wünscht den Paketpostverkehr während der Gottesdienststunden einzustellen.

Staatssekretär Kraetke hofft, daß es gelingen werde, den Sonntag-Paketpostverkehr in Berlin auf die Zeit bis 10 Uhr Vormittags zu beschränken. Die Auszeichnungen dienen, wie ich gegenüber Herrn Singer bemerken will, auch zur Kennzeichnung der betreffenden Beamten. Die Hoffnung, daß wir mehr als 2000 Beamte in diesem Jahre neu anstellen können würden, ist leider dadurch getrübt worden, daß sich der Verkehr nicht in der gewünschten Weise gehoben hat. Der Urlaub wird möglichst oft bewilligt; auch wird nach Möglichkeit darauf gesehen, daß die 60 Stunden Dienstzeit nicht überschritten werden.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.) betont die Nothwendigkeit eines Postvertrages mit Holland und der Schweiz und bringt einen Fall vor, wo ein Unterbeamter, der sich weigerte, die Privatwohnung des Postamtsvorstehers zu reinigen, nach einer Anzeige beim Oberpostdirektor wegen Gehorsamsverweigerung in eine empfindliche Geldstrafe genommen wurde, während der Vorsteher mit einem gelinden Verweis davon kam. Wir müssen dagegen protestieren, daß die Postbeamten wie Offizierskinder behandelt werden.

Staatssekretär Kraetke erklärt, daß ihm der Fall nicht bekannt sei, daß er es aber ebenfalls als durchaus unangehörig bezeichnen müsse, wenn an irgend einen Unterbeamten die Forderung gestellt werde, solche Privatdienste zu leisten.

Fischer (Z.) tritt für vollständige Beseitigung der „gehobenen“ Stellen ein und empfiehlt, die Beträge zur Erhöhung der Unterbeamtengehälter zu verwenden.

Graf Oriola (Nk.): Dem Antrage Müller-Sagan zum Titel 2, tausende neue Assistentenstellen in den Stat einzustellen, stimmen wir zu. Aus staatsrechtlichen Gründen empfiehlt es sich jedoch, diesen Antrag in eine Resolution umzuwandeln. Daß die Postverwaltung Klätter verbietet, die Post und Unzuverlässigkeit erregen, halten wir für berechtigt. (Beifall b. d. Rechten.)

Berner (A.) tritt für die Vermehrung der Postassistentenstellen ein. Der „Deutsche Postbote“ sei kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein königsstreu und patriotisches.

Reuzmann (Fp.) empfiehlt, die vom Staatssekretär in Aussicht genommenen Stellen baldigst zu schaffen, um eine Anzahl Postämter zu entlasten. (Sehr richtig! links.) Was den „Postboten“ angeht, so tritt dieser voll und ganz für die Interessen der Postbeamten ein. Was der Staatssekretär vorlas, war ja etwas derb, aber es ist jetzt modern, sich scharf auszudrücken. Jedenfalls dürfte man deshalb nicht einen Mann aus dem Postdienst entlassen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetke: Für die Einsetzung der Postbeamtenstellen sind nicht finanzielle Bedenken maßgebend gewesen, sondern lediglich dienstliche Gründe. Hedner bekennt, daß er früher ein festes Verprechen abgegeben habe.

Sittart (Z.) rechtfertigt die Haltung seiner Freunde an der Petitionskommission. Wir haben nur getadelt, daß ein Postbeamter einen Artikel schreibt, in dem er die Behörde angreift. Wie ist es, wenn ein Genosse gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei schreibt? Er liegt hinan! Dasselbe Recht hat auch die Postverwaltung. Privatim habe ich nach Schluß der Sitzung die Vertreter der Postverwaltung gebeten, Gnade für Recht ergehen zu lassen und den Mann wieder einzustellen.

Singer (Sd.): Herr Sittart hat gar nichts bewiesen. Es kommt uns darauf an, wie er gestimmt hat. Er hat mit den Konservativen und Nationalliberalen gestimmt. Herr Sittart hat also zugegeben, daß er nicht nach sachlichen Gründen gehandelt hat, sondern nach Ausführungen von anderer Seite. Unsere Parteitage sind der schlagende Beweis dafür, daß es in unserer Partei nicht Sitte ist, jemand der anderer Meinung ist, aus der Partei auszuschließen. Was dem von mir verlesenen Theil des Artikels geht hervor, daß es sich um eine Anreizung gegen die Behörden in diesem Artikel nicht handelt. Was nennen Sie denn überhaupt aufreizen? Darf sich denn der Beamte nicht einmal gegen Bestrebungen erklären, die der Staatssekretär zu unterstützen die Güte hat? (Zustimmung bei den Sd.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Dr. Müller-Sagan (Fp.) beantragt, die Titel, die auf Postassistentenstellen Bezug haben, der Budgetkommission zu überweisen.

Der Antrag wird von den dreiwandlung anwesenden Abgeordneten, wie Vizepräsident Büling verkündet, mit großer Mehrheit (Große Heiterkeit) angenommen.

Nach debattierloser Erledigung einiger weiterer Titel verläßt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Polnische Wundstiche.

Deutschland.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hielt am Samstag eine Sitzung ab. Präsident Graf Vossler hat heute, daß sich die Situation infolge geändert habe, als Vossler im Reichstag die Absicht vorwärt, das Phosphorgebiet und die Granitkalkfabrik, die in der Provinz, die ursprünglich nur in erster Linie hatten beabsichtigt werden sollen, endlich in drei Jahren zu erledigen. Die Erwartung, daß die Session noch vor Ostern geschlossen werden kann, sei dadurch hinfällig geworden. Er werde versuchen, eine Vertagung zu erzielen für die Erledigung des Phosphorgebietes, der Granitkalkfabrik u. s. w. vom 23. März bis zum 22. April.

Polnische Wirtschaft.

Immer tiefer verfaßt das polnische Volk. Deutschland im Ganzen der Korruption. Die Drogenpreise, die ausläßlich der Erwerbung eines Exportschiffes in Neuhammer in Schlesien gemacht werden und Donnerstag in den Verhandlungen der Handelskommission des Reichstages aufgeführt werden sind, werden wegen ihrer Schwere auf die Polen übertragen. Die die Handelspreise und Konsumgüter der polnischen Bevölkerung sind in guter Erinnerung hat. Diese die Gewinne des Reichstages einzuführen, hat nach der Entscheidung der Kommission über die Einwirkung der polnischen Wirtschaft, die von Grafen Alfred Dohna, einer reichlichen, aber nach oben sehr beschränkten Landwirte, ist die Gewinne zu erhöhen. Obwohl die Wirtschaftslage viel schlechter ist und Boden hätte erheben können, ist die

in üblichem Eifer darauf, just dem Grafen Dohna sein Areal abzunehmen und ihm dafür, wie der verrückte Engländer in der Anekdote, „jeden Preis“ zu zahlen. Die kleinen Landwirthe hatten dagegen Mühe, auch nur die notwendige Entschädigung für ihren enteigneten Grundbesitz herauszuschlagen. Ja, es ereignete sich sogar der unerhörte und vollkommen rechtswidrige Fall, daß ein Bauer exproprirt und sein Land dem Grafen Dohna in Austausch gegeben wurde. Der Skandal war denn auch so arg, daß, wie bereits kurz gemeldet, die Budgetkommission ein einstimmiges Votum sprach, indem sie von den Forderungen der Landesverwaltung 620 000 Mark abstrich. Würde sich ein ähnlicher Fall in Frankreich ereignen, dann wäre es eine „Affaire“, von der die ganze Welt spräche und die ein paar Minister den Kragen kostete. Es ist ein trauriger Ruhm Preußen-Deutschlands, daß bei und derartige Geschichten viel stiller und harmloser verlaufen. Wie groß das Vertrauen in die milderen Sitten unseres Landes ist, beweist der Umstand, daß man sich nicht nur begnügt, derartige kleine Geschenke hinterher durch Etatsüberschreitungen unter die Rubrik der Ausgaben zu bringen, sondern daß man auch bei der Aufstellung des Etats selbst nicht weniger freundschaftlich zu Werke geht. Der geplante Neubau für das Reichsmarineamt soll nach dem Etat für 1903 durchaus auf dem theuersten Bauplatz von ganz Berlin errichtet werden, für dessen Ankauf mehr als sechs Millionen Mark (!) gefordert sind. Der Platz ist so theuer, daß sich für ihn kein Käufer findet, wenn nicht das Reich gefällig einspringt. Der Hauptinteressent dieses Handels soll aber, wie allgemein erzählt wird, nicht weniger beliebt sein, als der Graf Alfred Dohna zu Neuhammer es ist. »Kochajme sie!« Lieben wir einander! war die berühmte Parole der polnischen Sgachta, wo eine Hand die andere wusch und ein Geschäft das andere schob. Wie possitlich das Pathos unserer hatatistischen Minister doch ist, wenn sie von dem Segen sprechen, den die tadelloste Korrektheit der preussisch-deutschen Verwaltung über Polen gebracht hätte. Wie Kom nach der Eroberung von Hellas griechisch wurde, ist Preußen nach dem Raube Polens polnisch geworden. Neben den großen Zollwucher- und Diebesgabengeschäften verschmäht man auch den Kleinhandel nicht mehr, wenn er nur einträglich ist. »Kochajme sie!« Zahlen muß die Kanaille!

Eine Reichsfinanzreform in Sicht?

Als am Mittwoch im hiesigen Landtag die alten Klagen über die finanzielle Abhängigkeit vom Reich wieder laut wurden, theilte Staatsminister Godebit mit, daß auch im Bundesrat abseitig, und selbst bei Preußen, die Ansicht herrsche, daß es so wie jetzt nicht weiter gehen könne. Es werde deshalb wohl in nicht allzu ferner Zeit eine Reichsfinanzreform vorgenommen werden, und zwar, wie er glaube, in der Weise, daß die Matrikularbeiträge nicht höher als die Ueberweisungen aus den Ueber-schüssen des Reiches sein würden.

Wahlkreistheorien.

Der schlichte Bergmann aus dem Zentrum“ fliegt aus einem Wahlkreis in den andern. In Kattowitz, wo man ihn aufgestellt hatte, mögen ihn die besseren Zentrumskreise nicht haben. Er wurde infolgedessen fallen gelassen und Herr Letocha wieder aufgestellt, der früher abgelehnt hatte. Den schlichten Bergmann versetzte man kurzerhand in den Wahlkreis Reutigen und fügte dort den Maßigkeitsapostel Pfarrer Kapita ab. Wie lange der Bergmann Krotik in Reutigen Kandidat bleibt, steht noch dahin. — Der konservative Vertreter des Wahlkreises Deutsch-Krone, Abg. Camp auf Hebron-Dammis, ist als Kandidat der vereinigten Konservativen und National-Liberalen wieder aufgestellt worden. — Im Wahlkreise Sangerhausen-Geartsherga wird Pastor a. D. Köstke als Kandidat der vereinigten liberalen Parteien kandidieren, nachdem er erklärt hat, sich im Fall seiner Wahl der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant anzuschließen zu wollen. Daraufhin wird auch die Freisinnige Volkspartei ihre Stimmen auf genannten Kandidaten vereinigen. — Im Wahlkreise Helmstedt-Wolfenbüttel wird von unsern Genossen Maurer Kiele-Braunschweig aufgestellt. Die anderen Parteien sind sich noch nicht schlüssig geworden, die Nationalliberalen und gemischten Elemente des Bundes der Landwirthe wollen an dem bisherigen Vertreter v. Kaufmann festhalten, der aber von der extremen Richtung des Bundes der Landwirthe bekämpft wird. — Die Antisemitisten in Hamburg haben jetzt auch besondere Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt, und zwar im 1. Bezirk den Abg. Raab, im 2. Bezirk einen Arbeiter Cardel, im 3. ihren Verbandssekretär Hennigsen. Mit ihrer Arbeiterkandidatur wollen sie unserer Partei Abbruch thun, werden aber hiermit nicht den geringsten Erfolg haben. Der Kandidat Hennigsen ist dadurch weiteren Kreisen bekannt geworden, daß er die Bestrebungen über die Vertreibung der Lebensmittel infolge der Zollpolitik auf die Seite der Arbeiterfrauen, einen „Schwungroschen“ zu machen, zurückzuführen gesucht hat. Diese eigenartige Lösung einer wichtigen sozialen Frage wird ohne Zweifel den antisemitischen Kandidaturen von vornherein den Boden untergraben. — Die Christlich-Sozialen haben für Rülheim an der Ruhr den Arbeitersekretär Behrens-Berlin als Kandidaten aufgestellt. — In Bingen-Alzey, jetzt durch Schmidt-Elberfeld (Frei. Volksp.) vertreten, haben die Nationalliberalen den Fabrikanten Avenarius, Gau-algesheim und das Zentrum den Rechtsanwalt Dr. Brentano-Offenburg in Aussicht genommen. Außerdem wird nach der „Nat. Ztg.“ ein „alldeutscher“ Kandidat, Rechtsanwalt Claus-Kainz genannt. Vor fünf Jahren stammte das Zentrum gleich im ersten Wahlgange für Schmidt. — Für den Wahlkreis Hörsing-Alzingen wurde dem „Vorw.“ zufolge von der Zentrumsparthei der Landrichter Sichert aus Frankfurt a. M. als Kandidat aufgestellt. — Im Wahlkreise Saargemünd wird der bisherige Vertreter Baron de Schmid (Lva.) bei den kommenden Reichstagswahlen wieder kandidieren.

Die schwarze Fahne im Reichstage.

Von der Petitionskommission war der Geschäftsordnungs-Kommission bekanntlich die Eingabe des Oberamtmannes Bannur in Stuttgart auf Verklärung der Präsidialgewalt überwiesen worden. Der Oberamtmann hatte bekanntlich vorgeschlagen, daß eine schwarze Fahne am Präsidialstuhl gehängt werden solle und der Polizeikommissar zu Hilfe gezogen werden sollte, wenn unruhige Szenen sich ereigneten. Die Kommission erachtet die Petition als ungeeignet für die Erwörterung im Plenum.

Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Nationalökonomie an der Universität Gießen für den Vertrauensmann des Bundes der Landwirthe.

Ruhland hatte bekanntlich der Antisemit Pöbler in der zweiten hiesigen Kammer beantragt. Die Kammer hat nun am Freitag diesen Antrag an eine Kommission verwiesen, aber zusammen mit einem sozialdemokratischen Antrag, auch einen sozialdemokratischen Professor nach Gießen zu berufen.

Ein Petersburger scheint als Stationschef in Deutsch-Ostafrika zu hausen.

Dem Briefe eines Pflanzers an einen unserer Reichstagsabgeordneten entnimmt die „Münch. Post“ folgende interessante Stellen: „... Wir haben jetzt einen Stationschef in Fringa (Wehe) Namens Krake, der sich allerdings keiner Beliebtheit und keines Ansehens unter den Eingeborenen erfreut. Seit Beendigung des Krieges (96 mit 98) hatten wir vier Stationschefs hier. Jeder erfreute sich der besten Achtung bei den Eingeborenen, nur der gegenwärtige nicht. Er fand es für nötig, öfters auszustromeln zu lassen, wer ihn nicht grüße, komme an die Reihe und erhalte 25 aufgezählt. Damit hat er erreicht, daß sich die Leute erst recht verstecken, wenn er kommt. Bis jetzt hatte es kein Stationschef nötig, so sehr lächerlichen Mitteln zu greifen. Da versteckte sich kein Eingeborener, jeder freute sich, wenn er den Stationschef sah. Doch wie der gegenwärtige mit den Leuten verfährt, dürfte von Interesse sein. Ich war Augenzeuge eines solchen Vorfalls. Am Charfreitag d. N. ritt der Hauptmann durch eine der Straßen von Fringa. Ein arabischer Kaufmann Hassan den Abdulladin, der dort seinen Laden hat, war gerade beschäftigt, übernahm den Hauptmann Krake und grüßte nicht. Da ritt der Hauptmann zurück und sagte zu dem Araber: Wenn ich nochmal bei Dir vorbeikomme und Du grüßt nicht, lasse ich Dir 25 aufzählen, Du Schwein! Der Araber entschuldigte sich und versicherte, er habe den Herrn Hauptmann wirklich nicht gesehen. Bald darauf brachte der Araber Geld zur Einzahlung auf die Post. Als er mit dem Gelde aufzählen fertig war, sagte der Hauptmann, jetzt wäre keine Zeit dazu, er solle machen, daß er weiter komme. Dann nahm der Hauptmann die Hundspitze, seine stete Begleiterin, und haute den Araber selbst durch, so daß dieser später den linken Arm nicht mehr bewegen konnte und sieben fingerdicke und lange blaue Striemen hatte, welche noch lange Zeit sichtbar waren. Der Araber ließ das Geld zurück und riß aus. Nach einiger Zeit schickte der Hauptmann einen Soldaten zu dem Araber, mit dem Auftrage, er solle sein Geld abholen. Als der Araber darauf hin kam, gab ihm der Hauptmann etwa 20 Schläge über den Kopf und ließ ihn noch drei Tage einsperren. Auch bei den Mädchen ist der Hauptmann trotz seiner Vorliebe für sie keineswegs beliebt. Das beweisen folgende Vorfälle: Der Häuptling Matajene kam zu einer Schauri (Verhandlung der Häuptlinge) aus der Landschaft Niam Niam nach Fringa, sowie das Weib seines Bruders Mafa Dana. Der Hauptmann ließ durch den Häuptling Jahenga das Weib des Mafa Dana zu sich ins Haus holen, gebrauchte sie fleischlich, trotzdem sie sich wehrte, und entschädigte sie mit 1 Rp. 4 Besa (1 Mk. 50 Pf.). Auf einer Reise nach Niam-Niam wollte der Hauptmann ein Weib des Sultans Merere zu sich ins Zelt locken. Als ihn ein Verwandter des Sultans beehrte, daß dies nicht statthalt sei und den Sultan aufbringen würde, ließ ihm der Hauptmann 25 aufzählen. Beim Häuptling Mafata in Niam-Niam angekommen, wollte der Hauptmann ein Weib haben. Auf die Weigerung des Häuptlings drohte der Hauptmann mit den üblichen 25, worauf der Häuptling sagte: Ich lasse mich von Dir nicht hauen und vor meinen Leuten erniedrigen; wenn Du mich haust, fange ich mit Dir Krieg an. Solche Fälle sind geeignet, die Leute wieder in Aufruhr zu bringen, nachdem jetzt Alles im Frieden ist. Gesetzt den Fall, der Hauptmann Krake wäre noch mehrere Jahre auf der Station und der Aufstand wäre wieder fertig. Ein Mann grüßte den Hauptmann auf dem Markte in Niam-Niam, war aber krank; er sagte: Jambo Banacuba, also ein guter Gruß; er konnte aber die rechte Hand nicht an den Kopf heraufbringen. Dafür erhielt er 25 aufgezählt. — Als unlängst Hänge-Peters energisch seine Rehabilitations betrieb, von der es übrigens wieder merkwürdig still geworden ist, poante es die sozialfreundliche „Nat.-Ztg.“ als großen Fortschritt in der deutschen Kolonialpolitik aus, daß das System Peters nunmehr glücklich überwunden sei. Der Fall Krake zeigt jedoch, daß das Unkraut noch längst nicht ausgejätet ist, und daß Miniaturausgaben des großen Karl noch immer ihr Unwesen treiben. Dem Kolonialamt aber erwächst die Pflicht, sofort zum Rechte zu sehen, und falls sich die Angaben des Pflanzers bestätigen, Herrn Krake von seinem vorgeschobenen Posten zu entfernen, bevor er noch mehr Unheil anstiftet und womöglich die Kriegsfackel anzündet.

Muß ein Reichstagsabgeordneter einer Zungenladung Folge leisten?

Mit dieser Frage hatte sich Freitag die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages zu beschäftigen. Der Abg. Hegelmair (Reichsp.), Oberbürgermeister zu Heilbronn, war als Zeuge geladen worden, erschienen aber nicht, weil er nach Berlin zu den Reichstags-sitzungen abreiste. Das Gericht hat ihm eine Strafandrohung angehen lassen. Freitag erklärte nun die Geschäftsordnungs-kommission, daß der Abg. Hegelmair nicht gezwungen sei, der Vorladung des Heilbronner Gerichts zu folgen. Die Zungenvernehmung muß in Berlin stattfinden. In Betracht kommt § 49 der Strafprozessordnung, der es von der Genehmigung einer gesetzgebenden Körperschaft abhängig macht, wenn eines ihrer Mitglieder an einem andern Ort als am Orte der Tagung vernommen werden soll.

Neue politische Nachrichten.

Die Reichsenquete über das Kartellwesen hat am Donnerstag im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrathes Dr. van der Borcht begonnen mit den Verhandlungen über das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat. Ueber die Verhandlungen wird ein amtliches Protokoll im „Reichsanzeiger“ erscheinen; die Theilnehmer sind gebeten worden, sie vertraulich zu behandeln. — Die Phosphorkommission des Reichstages hat am Sonntag den ganzen Tag über in der Zündholzfabrik von Miram-Beitenhausen der Herstellung phosphorfreier Zündhölzchen beigewohnt. Die Kommission war mit der Befichtigung vollst. befriedigt. — Der Evangelische Bund veranstaltet am 11. März eine große Protest-versammlung gegen die Zulassung der Jesuiten. — Von den in der vorliegenden Woche in Berlin verhafteten Anarchisten ist nur einer in Haft gehalten worden. Es wird ihm zur Last gelegt, anarchisch

Schriften verbreitet zu haben. — Eine der ältesten deutschen Zeitungen, das „Frankfurter Journal“ in Frankfurt a. M., Organ der nationalliberalen Partei, wird Ende März sein Erscheinen einstellen. Es wurde im Jahre 1865 von einem Buchhändler Wilhelm Serlin gegründet. Stirbt es nun an Altersschwäche oder am — Nationalmiserabilismus? — Das neue portugiesische Ministerium ist bereits Sonnabend gebildet worden. — Der Bali von Nestab berichtet über einen Zusammenstoß mit einer bulgarischen Bande, bestehend aus 60 Mann, die bulgarische Militäruniformen trugen. 12 Mitglieder, darunter ein Oberst und 5 Offiziere, wurden getötet. Die türkischen Truppen hatten 2 Tote. Ferner meldet „Neuters Bureau“ aus Saloniki: Zwischen den türkischen Truppen und den Einwohnern des nördlich vom Serec gelegenen Dorfes Brondo fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Die Truppen brannten einen Teil des Dorfes nieder.

Afrika.

Zwangsdanglikung in Transvaal. In Pretoria ist eine Verfügung betreffend die Organisation des öffentlichen Unterrichts in der Kolonie Transvaal erschienen. Danach soll u. A. der holländische Unterricht einschl. des Religionsunterrichts nicht über 5 Stunden wöchentlich umfassen.

Amerika.

Die Wirren in Zentralamerika. Ein in Washington eingegangenes Telegramm des amerikanischen Admirals Glas meldet die am Donnerstag erfolgte Ankunft von drei amerikanischen Kriegsschiffen in La Union (San Salvador) und berichtet ferner, daß die telegraphische Verbindung mit Amapala (Honduras) unterbrochen ist. In dem Telegramm heißt es weiter, daß am 22. Februar auf dem Festlande ein Gefecht stattgefunden habe, in dem Präsident Sierra vollständig geschlagen, aber mit 300 bis 400 Mann entkommen sei. Vonilla rückt jetzt auf die Hauptstadt vor, die bereits von Bonillas Anhängern besetzt sei. Man nehme an, daß der Kampf im wesentlichen beendet sei.

Au die Parteigenossen und Wähler!

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei für die bevorstehende Reichstagswahl besteht aus den Genossen B. Effinger, Vorsitzender, P. Bape, stellvertretender Vorsitzender, Adolf Ehlers, Kassierer, J. Stelling, Schriftführer und G. Ehlers, Beisitzer. Alle Anfragen, Zuschriften, Sendungen usw. sind zu richten an B. Effinger, Lübeck, Johannisstraße 50; demselben ist gleichfalls die Vermittlung der Referenten übertragen worden. Die Genossen und Vertreter, welche zur Wahltagung einen Referenten wünschen, haben sich umgehend bei Gen. Effinger zu melden. Die Referenten selbst können direkte Bestellungen nicht mehr berücksichtigen.

Das Reichstags-Wahlkomitee.

Lübeck und Umgebungsgebiete.

Montag, den 2. März 1903.

Die Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter Fackenburgs und Umgegend sind wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommissionen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
 - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
 - 3) Militär-Papier.
 - 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.) Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):
 - 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
 - 6) Innungsmittelschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtschein der Ehefrau.
 - 8) Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 6, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Parteigenossen, erwerbt das Bürgerrecht!

L. Die Ortskrankenkasse hielt am Sonnabend Abend eine außerordentliche General-Versammlung im Bürger-Verein ab, zu welcher 10 Vertreter der Arbeitgeber- und 73 Arbeitnehmer-Vertreter erschienen waren. Auf der Tagesordnung stand einzig der Bericht der gemeinsamen Kommission über die Verhandlungen mit dem ärztlichen Verein betr. Einführung der freien Arztwahl beider Kasse. Der den Vertretern bereits gedruckt ausgegangene Bericht muß feststellen, daß die Ärzte die Einführung der freien Arztwahl auf Grundlage einer Pauschalsumme nicht wünschen, sondern daß ihnen diese nur genehm ist, wenn ihr Honorar nach der Höhe der jährlichen Ausgabe bemessen wird, und zwar sind sie bereit, sich mit 27 Proz. der Gesamtausgabe zu begnügen. Zu dem gedruckten Bericht gab der Vorsitzende, Herr Coleman, einige Erläuterungen und schlug im Auftrage des Vorstandes eine Resolution vor, in der folgendes besagt wird: Die außerordentliche Generalversammlung der Orts-Krankenkasse beschließt, von der Einführung der freien Arztwahl abzusehen, wenn nicht der ärztliche Verein auf Grundlage einer Pauschalsumme für ärztliche Leistungen sich hierzu bereit finden läßt. Zu den Ausführungen Colemans nahm Herr Kurau das Wort; derselbe tabelte das Verhalten der Ärzte und brachte schließlich einen Zusatzantrag ein, dessen Inhalt besagt: Der Vorstand wird beauftragt, die bestehenden, für die Kasse ungünstigen Verträge mit dem ärztlichen Verein rechtzeitig zu kündigen und dann mit den einzelnen Kasernenärzten angemessenere Verträge zu schließen.

Gegen diese Ausführungen und den Zusatzantrag Kurau wandte sich Herr Salamor; Redner wünschte, daß, obwohl die Offerte der Ärzte für die Kasse nicht gerade günstig sei, trotzdem auf Grundlage des seitens des ärztlichen Vereins gemachten Angebots mit letzterem nochmals verhandelt werde, damit im Interesse der Kasennutglieder die freie Arztwahl zu Stande komme. Eine ähnliche Ansicht entwickelte Herr A. Thiel. Er könne es wohl verstehen, wenn die Ärzte für die durch die Behandlung der Familienangehörigen bedingte höhere Arbeitslast auch eine höhere Bezahlung verlangten und nicht mit dem von der Kasse vorgeschlagenen Einheitsfuß von 6 Mk. zufrieden wären. Wenn man den Vorschlag machte, den Ärzten eine feste Summe, und zwar für die verheirateten Mitglieder etwa 8 Mk. und die unverheirateten 4 Mk., also im Durchschnitt auch 6 Mk., zu bieten, so würde wohl eine Einigung zu Stande kommen. Im weiteren Verlauf der Debatte verteidigte Herr Duschel das Verhalten der Kommission; Herr Dohberstein konstatierte, daß die Ärzte selbst die freie Arztwahl nicht wollen, und ihnen ihren eigenen Vorteil aufzuzwingen, dazu liege kein Grund vor. Herr Körner entwickelte die historische Seite der Angelegenheit, er verwies sodann darauf, daß auch die Krankenkassennovelle wieder neue Ausgaben für die Kasse mit sich bringen würde. Nicht das ideale, sondern nur das rein materielle Interesse sei maßgebend für die Ärzte in ihrem Verhalten zu den Krankenkassen. Das Bestreben der Kasse gehe nur dahin, stabile Verhältnisse in den Ausgaben für Ärzte zu schaffen, nicht die Ärzte zu schädigen. Nachdem noch mehrere Redner sich lebhaft gegen das Verhalten der Ärzte ausgesprochen hatten und eine Kündigung derselben wünschten, suchte Herr Coleman die Vertreter zu beschwichtigen; er bat, keine Herausforderung der Ärzte, wie sie im Antrag Kurau liege, anzunehmen, sondern das bisher vorhandene gute Einvernehmen zwischen Ortskrankenkasse und Ärzten auch fernerhin bestehen zu lassen. Des weiteren wünschte Herr Coleman, daß die event. demnächst einzuleitenden Verhandlungen der beiden Kontrahenten durch den Kasennutstand und nicht durch eine Kommission geführt werden sollen. Im Laufe der Diskussion stellte Herr Dohberstein dann den Antrag, den Vorstand zu ermächtigen, daß derselbe den Vertrag den Ärzten kündigen kann. Aus der sich hieran knüpfenden Besprechung war die Feststellung des Herrn Inspektors Oberländer bemerkenswert, daß die Verträge mit den einzelnen Ärzten wohl durch den Vorstand abgeschlossen werden; der den Abmachungen zu Grunde liegende Kontrakt sei aber mit Zustimmung der Generalversammlung aufgestellt. Wenn nun der Vertrag revidiert würde, so läge es in der Hand der Generalversammlung, den veränderten Abmachungen zuzustimmen. Die Abstimmung ergab endlich die Annahme der Resolution des Vorstandes in Verbindung mit dem Antrag Dohberstein. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob noch Jemand im Interesse der Kasse etwas vorzubringen habe, ging Herr Körner auf den Antrag des Senates an die Bürgerchaft ein, der die Errichtung einer Ärztekammer und eines Ehrengerichts bezweckt. Beide Einrichtungen würden sicher den Krankenkassen zum Schaden gereichen, da alle Abmachungen zwischen Ärzten und Kasernen der Zustimmung der beantragten Körperschaften unterliegen würden; deshalb müsse man dagegen sein. Redner wünschte, daß die anwesenden Bürgerchafts-Mitglieder in dem angebotenen Sinne zu Gunsten der Kasse wirken möchten und schlug folgende Resolution vor: „Die ordentliche Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu Lübeck sieht in der Vorlage des Senates auf Bildung einer Ärztekammer und eines ärztlichen Ehrengerichts die Bevorzugung eines einzelnen Standes. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Gründung das Verhältnis der Krankenkasse zu den Ärzten zu Gunsten der letzteren beeinflusst, die Kasernenverwaltung in ihrer Entscheidung bei Anstellung von Ärzten und beim Abschluß von Verträgen die Hände bindet und fordert daher die Bürgerchaft auf, die Vorlage des Senates auf Bildung einer Ärztekammer und eines ärztlichen Ehrengerichts abzulehnen.“ Herr Thiel kam dieser Resolution ohne Weiteres nicht zustimmen, da er sich im Zweifel über die Tragweite der Ärztekammer usw. befände. Im Uebrigen meinte er, das Bestreben, sich zu koalieren, sei ja ebenfalls bei den Arbeitern vorhanden und deshalb sei auch den Ärzten das nicht zu verwehren. Nachdem der Vorsitzende auf die Bestimmungen der Ständesordnung der Ärzte für das Königreich Sachsen hingewiesen hatte und durch Verlesen verschiedener Abschnitte daraus die Gefährdung der Interessen der Krankenkassen bewies, nachdem ferner ausgesprochen wurde, daß durch die Errichtung einer Ärztekammer nur einem einzelnen Stande besondere Vorrechte verschafft werden sollten, die durch die Verleihung von Gesetzeskraft noch schwerwiegender, als man annehme, seien, äußerte Herr Thiel, seine Ansicht sei durch die Debatte nicht geändert worden. Wenn erst einmal eine Ärztekammer ins Leben gerufen sei, so würde es auch für die Arbeiter leichter sein, Arbeiterkammern zu schaffen. Die Resolution wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen. Einem Wunsche des Herrn Fey, in Zukunft die Genehmigung der Generalversammlung bei Reanstellung von Ärzten einzuholen und bei einer event. Vermehrung der Ärzte möglichst ältere, hier ansässige Herren zu berücksichtigen, wurde allseitig zugestimmt. Nachdem einige Beschwerden gegen den Inspektor vorgebracht und beantwortet waren, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.

Gegen die Errichtung einer Ärztekammer sprach sich eine Freitag Abend abgehaltene öffentliche Versammlung des Bürgerrechtsvereins in folgender Resolution aus: „Die im Kongerthaus Fünfhäufen tagende öffentliche Versammlung des Bürgerrechtsvereins kann eine Notwendigkeit für das in Vorlage gebrachte Gesetz betr. die Errichtung einer Ärztekammer und eines Ehrengerichts für Ärzte nicht einsehen, hält vielmehr dafür, daß dieses Gesetz nur eine weitere Schädigung der Interessen lübeckischer Steuerzahler in sich birgt, weil dadurch der Kasennutstand großgezogen, sowie die Bestrebungen für Volkswohlfahrt und Volksgesundheit geschädigt werden. Sie bittet die Bürgerchaft, dieses Gesetz seinem ganzen Umfange nach abzulehnen.“

Vom Hafen. An Stelle des am Arsenalgebäude angebrachten kleinen Läutewerks zwecks Signalisierung aufkommender Dampfer ist nunmehr auf der Markthallerstraße das bisher bei der Herrnsfähre angewandte größere Läutewerk angebracht worden. Dasselbe wird am Tage auf elektrischem Wege vom Hauptzollamt bedient. Diese Einrichtung entspricht einem langgehegten Bedürfnis, da die Glocke 1/2 Kilometer weit hörbar ist.

-o- **Zirkus Variete** (Neuterkrug). Das neue Programm, dessen Kräfte Sonntag zum ersten Male am Erfolge mehren, gehört sicherlich zum Besten, was uns jemals im Laufe des Winters im Zirkus Variete geboten worden ist. Es ist eine stattliche Reihe ganz hervorragender Kräfte, die ins Treppen geführt wird. Kein „Wäffer“ befindet sich darunter, hinter dem sich dann ein Schwanz minderwertiger Kräfte bewegt, sondern es sind, so kann man getrost behaupten, fast nur „Wäffer“. Hinzu kommt ferner noch, daß die Zusammenstellung außerordentlich geschickt

erfolgt ist. Gleich die erste Nummer Gusti's Humoristische Illustrationen sprach gut an: Lichtbilder, zu denen eine Dame den begleitenden Text singt. Der Gesang ist zwar nicht gerade hervorragend, auch mußte die Plottenpropaganda am Schluß etwas unzeitgemäß an, aber das Ganze ist doch so geschickt arrangiert, daß man über die geringen Mängel gern hinweg sieht. Fred Weston ist ein ganz vorzüglicher Saltomortale-Springer. Eine liebreizende Erscheinung auf dem Drahtseil ist Paula Geni. Die junge Dame, kaum den Kinderstufen entwachsen, bewegt sich mit einer geradezu verblüffenden Sicherheit und Eleganz auf dem gespannten Telegraphendraht. Man wird selten wieder eine Künstlerin von derartig hoher Schulung zu sehen bekommen. Mit den Humoristen werden wir in Lübeck jetzt geradezu verwöhnt; einer ist immer noch besser als der andere! Auch Martin Balls, der dieses Mal das Fach vertritt, ist ein Meister. Seine zumeist politisch gefärbten Couplets haben Hand und Fuß. Das Publikum nahm ihn nahezu stürmisch auf. Einer ganz vortrefflichen Aufnahme hatte sich auch Otto Schumann zu erfreuen, der drei Pferde und eine Dogge vorführte. Das Pferdematerial ist geradezu glänzend zu nennen, die Dressur, besonders auch der Dogge, über alle Maßen gut. Die Humoristin Antoinette Gates, die ihr Repertoire selbst verfaßt, scheint eine recht geistreiche Dame zu sein, wie ihre Vorträge beweisen. Vorzüglich gelang ihr die Travestie einer Frauenversammlung. Weniger glücklich war sie dagegen bei der Darstellung des Falles Singer im Reichstage. Bekanntlich hat Singer 1. Zt. den Reichstag nicht verlassen, weshalb er also auch nicht von draußen den Verhandlungen durchs Schlüsselloch zusehen konnte. Im Uebrigen aber: die Dame kann es mit jedem ihrer Kollegen aufnehmen, der Vorbeer des Siegers wird ihr nicht vorenthalten bleiben. Das Publikum verlangte von der Künstlerin immer und immer wieder neue Zugaben, bis sie dem Spiele schließlich selbst ein Ende setzte. Die beiden Brotherschadow zeigen in ihren erstaunlichen Gladiatorenspielen, was männliche Kraft und ständige Übung vermag. Die schwierigsten Tricks führten sie mit Leichtigkeit aus. Auch sie fanden stürmischen Beifall. Den letzten Teil des Programms bildete Baitz's dressierte Bärengruppe. Die sieben Bären weisen einen sehr hohen Grad von Dressur auf, weshalb der Erfolg der Nummer stets gesichert ist. Zum Schluß gab es, wie üblich, Vorführungen von Droese's Kinematographen. Von den neuen Bildern erweckte besonders „Was die Polizei alles mit der Blendlaterne sieht“ Beifall. Den Besuch dieses Programms können wir mit gutem Gewissen empfehlen.

Wegen Verführung einer Minderjährigen verurteilte die hiesige Strafkammer Sonnabend den Arbeiter D. zu 3 Monaten Gefängnis. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.



Handelsregister. Am 25. Februar 1903 ist eingetragen: bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma Lübecker Spezialbier-Brauerei G. Trosch u. Co. in Lübeck: die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen; bei der Firma Gustav Otto in Lübeck: die Firma ist erloschen. Am 26. Februar ist eingetragen: bei der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma H. C. Bandholdt in Lübeck: die Gesellschaft ist aufgelöst, der bisherige Gesellschafter J. C. H. Bandholdt ist alleiniger Inhaber der Firma; die Firma Boletta Gaedt in Lübeck: Inhaberin: Ehefrau des Konditors F. K. D. W. Gaedt, B. M. geb. Pederzani in Lübeck.

pb. Rast tritt der Tod den Menschen an. Gestern Mittag gegen 12 1/2 Uhr sank eine 75 Jahre alte Insassin des Siechenhauses in der großen Burgstraße unweit des Thores plötzlich um und war nach wenigen Minuten eine Leiche. Ein Schlaganfall hatte dem Leben der alten Frau ein Ziel gesetzt.

pb. Ein Dummerjungenstreich. Am Sonnabend Abend wurde ein mit seiner Mutter die Fürstenthor-Brücke passierendes 11 jähriges Schulmädchen von einem etwa 13 jährigen Knaben ohne jegliche Veranlassung mit einem spitzen Gegenstande in den Oberarm gestochen. Der Thäter entkam durch die Flucht, wurde aber später ermittelt. Der Thäter erklärte, daß er den Stich mit einer Schreibfeder ausgeführt habe und zwar in der Absicht, sich einen Spaß zu machen.

pb. Selbstmord. Ein hiesiger älterer Kommissar suchte und fand gestern Mittag den Tod durch Ertrinken im Kanal unweit der Eisenbahn-Brücke bei der Sophienstraße. Lebensüberdruß dürfte den Mann in den Tod getrieben haben.

Zugang von Arbeitern nach der Herrn Lohrmann in Lübeck gehörenden Fabrik in Sternberg i. M. ist streng fernzuhalten, da L. wegen einer geringen Mehrforderung 60 Arbeiter ausgesperrt hat. Kein Arbeiter darf seinen Arbeitsbrüdern in Sternberg in den Rücken fallen!

Aus dem Fürstenthum Lübeck. In der letzten Nummer der nationalsozialen „Hilfe“ stellt der Provinzialsekretär der Nationalsozialen, Herr Kuhlmann, die Behauptung auf, daß ein nationalsozialer Flugblattvertheiler von „Genossen“ im südlichen Theil des Fürstenthums mehrfach bedroht und verfolgt wurde. Als Grund hierfür nimmt der Herr an, daß das von ihnen herausgegebene Flugblatt, welches eine Kritik des sozialdemokratischen Kalenders darstellte, sollte, unsere Genossen in Harnisch gebracht habe. Arme Tröpfe, die da glauben, daß ein nationalsoziales Flugblatt, welches noch dazu jeder Logik entbehrt, Sozialdemokraten derart in Harnisch bringen kann, daß sie sich an einem armen Flugblattverbreiter vergreifen! Mit solchen Waffen mögen wohl Anhänger der bürgerlichen Parteien kämpfen — Sozialdemokraten aber verschmähen eine solche Kampfweise. Uebrigens wäre es sehr erwünscht, wenn Herr Kuhlmann uns einmal den Nachweis lieferte, daß die angelegte Bedrohung und Verfolgung von Seiten unserer Genossen erfolgt ist. Herr Kuhlmann, resp. seine nationalsozialen Freunde werden doch nichts behaupten, was sie nicht beweisen können?

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Lohnforderungen der Maurer und Zimmerer in Bergedorf sind von der Innung unter Hinweis auf den ablehnenden Standpunkt der Hamburger Innung gegenüber den Forderungen der Maurer und Zimmerleute ebenfalls abgelehnt worden. Jedoch wurde verprochen, bei einer event. späteren Bewilligung der Lohnforderungen der Hamburger Gesellen hierorts ohne Weiteres eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. — In Järehoe unterlagen unsere Genossen bei der Wahl eines Stadtrathes mit 186 gegen 218 bürgerliche Stimmen.

Gegen 4 Stimmen beschloffen die Maurer in Dömitz die Fortführung des Streiks. Die in Wismar ihren Sitz habende Dampfmaschinenfabrik Pödeus, deren meiste Schiffe in Ostsee bemantel werden, hat in einem Falle leider mit theilweisem Erfolge den Versuch unternommen, den Ueberstundenlohn von 40 auf 30 Pfg. herabzusetzen. Auf dem betreffenden Dampfer haben die Geiger für 40 Pfg., die Matrosen dagegen für 30 Pfg. Ueberstundenlohn gemustert. Da nun zu befürchten steht, daß die Ahderei derartige Experimente durch ihren Kostbarer Feuerbaas Kröpelin wiederholen läßt, so werden alle Seeleute ersucht, den Zugzug nach Rostock fernzuhalten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg hatten sich Sonnabend 3 Nachradfahrer vor der Strafkammer zu verantworten. Dieselben waren gefesselt. Als der Gerichtshof es ablehnte, einem der Angeklagten die Fesseln abnehmen zu lassen, streifte derselbe mit einem Hufe die Fesseln ab und hielt die befreiten Arme empor. Die drei Komplizen erhielten wegen ihrer Straftaten zwei je drei Jahre Zuchthaus und einer 15 Monate Gefängnis. — Nach Unterschlagung von 4500 Mark ist in Hamburg der 25jährige Kommis Martens flüchtig geworden. Er hatte auf Grund eines gefälschten Schecks das Geld erhoben. — In einem Unfall von Krämpfen riß ein Arbeiter in Hamburg eine brennende Lampe vom Tisch. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — Auf dem Bahnhof Wilhelmshurg wurde ein Bremser, der zwischen die Buffer zweier Eisenbahnwagen gerieth, todgedrückt. — Der Matrose Salzman, der 1. St. von Kiel aus mit 125 Mark Rekrutenlöhnungen flüchtig geworden war, erhielt Freitag vom Kriegsgericht 1 Jahr 7 Monate Gefängnis und Verweisung. — S. hatte sich in Lüneburg freiwillig gestellt. — Aus Crivitz wird gemeldet: In dem benachbarten Orte Klüfen wurde Freitag Abend bei einem Brande der Schmiedemeister Schilt durch einen einströmenden Schornstein so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Weitere 5 Personen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Einem Einwohner sind 1800 Mark bares Geld bei dem Feuer verbrannt. — 5 Jahre 6 Monate Gefängnis erhielt vom Kriegsgericht in Wilhelmshaven ein Matrose, der im Kampf einen Vorgesetzten mit einem Messer gestochen und außerdem mehrere andere Personen durch Subtritte usw. schwer verwundet hatte.

Die hiesige Arbeitniederlegung. Am Freitag legten sämtliche Metallarbeiter in Kronsmoor, welche in dem dortigen Betrieb der Zementfabrik „Saturn“ in Brunshütten beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Der Grund ist folgender: Die Metallarbeiter, die dort arbeiten, hatten bisher einen Stundenlohn von 32 Pfg. Sie verlangten jetzt einen solchen von 35 Pfg., was jedoch kurzerhand abgewiesen wurde, mit der Motivierung, daß sie bis zur nächsten Lohnzahlung warten sollten. Jedoch ließen sich die Arbeiter hierauf nicht ein, weil die nächste Lohnzahlung erst in drei Wochen stattfindet. Leider muß konstatiert werden, daß nicht alle Ausständigen ihrer Organisation angehören. Zugang von Metallarbeitern nach Kronsmoor bei Jshoe ist fernzuhalten.

Todes-Anzeige.
Sonntag früh 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und meine Kinder trennende Mutter
Dorothea Jäger, geb. Grebien.
Ziel betrauert von den Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Mittwoch 11 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Verband der Maurer.

Am Sonnabend den 28 Februar starb unser Kollege

H. Trete

am Gehirnschlag.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 4. März, Morgens 11 Uhr, von der Leichenhalle des allgemeinen Gottesackers aus statt.
Beranmlung der Mitglieder zur Beerdigung Morgens 10 1/2 Uhr im Vereinshaus.
Zur zahlreichsten Theilnahme fordert hiermit auf
Der Vorstand

Danksagung.

Für die rege Theilnahme und Kranzsende, die sich bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwägerin zeigte, insbesondere Herrn Pastor Kraum für seine kostbaren Worte jagern wir hiermit Allen unsern herzlichsten Dank.
Die tieftrauernden Angehörigen.

X. Kannemann.

Rudolf Dau zu seinem 30. Geburtstag die besten Wünsche. E. C. und A.

Ein gut möblirtes Zimmer zu vermieten
Birkenstraße 4, p.
Dahelbst ein Kinderwagen zu verkaufen.

Zum 1. April eine kl. Wohnung
zu vermieten. Näheres
Schwarzer Allee 90 a.

Zum 1. April abgechl. 3. Etage, 2 Zimmer u. Bad, zu verm. 180 Mk. Georgstraße 25.

Zum 1. April eine Wohnung
zu vermieten. Preis 140 Mk.
Barbeckstraße 15 a.

Junges Ehepaar
Sucht zum 1. Juli eine kl. Wohnung
binnen Hofstraße. Ang. u. K. 70 a. b. G. geb.

Gesucht zu sofort oder später
ein ordentliches Mädchen.
Kreuzfeld. Ewald Stender.

In Lagers gerath ein gut gehaltenes 2
Wohnungshaus in der Stadt.
Off. mit Preisangabe u. S. L. D. a. b. G. geb.

In Lagers ein großer Wochthaus oder
ein kleiner Gasth.
Harnack, Gleichstr. 6.

Eine gut erh. Holz-Drehmangel
zu verkaufen.
Schwarzer Allee 35, p.

Redaktioneller Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lokal und Nachbargebiete“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Redaktioneller Redakteur für die Artikel „Lokal und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz.

Cuxhaven. Schwerees Bootsunglück. Wir haben schon berichtet, daß in dem Sturm, der schon seit mehreren Tagen an der Nordseeküste herrschte, das mit fünf Mann besetzte Boot des vor der Eidermündung stationirten Feuerschiffes vertrieben worden ist, und daß seine Insassen wahrscheinlich ihr Leben eingebüßt haben. Leider bestätigt eine den „G. N.“ aus Lönning zugehende Mittheilung diese Meldung in ihrem vollen Umfange. Das Boot war mit vier Mann ausgesandt, um von dem Nothsignale zeigenden Kohlendampfer „Bertha“ nähere Meldungen einzuholen; der Kapitän beorderte dann seinen 1. Steuermann, mit dem Boot nach Lönning zu fahren, um den Regierungsdampfer „Triton“ zu requiriren. Das Boot hat aber die Küste nicht erreicht. „Triton“ und der Cuxhavener Schlepper „Reicher“ haben es vergeblich gesucht, und so bleibt nichts anderes als die Annahme übrig, daß die fünf Leute den Seemanns Tod erlitten haben. Der Dampfer „Bertha“ kam Montag in Lönning an.

Bremerhaven. Ein neuer Konflikt? „Die Nordd. Volksstimme“ schreibt: Die Arbeiterschaft der Unterwerferorte und speziell die Hafensarbeiter wurde in berechtigter Erregung verlegt durch eine Bekanntmachung, die der Norddeutsche Lloyd in den beiden bürgerlichen Blättern erläßt. Es sollen danach die Abmachungen zwischen der Direktion des Lloyd und der Kommission der Ladungs- und Kohlenarbeiter nicht so gewesen sein, wie i. S. von dieser Kommission in der öffentlichen Hafensarbeiterversammlung berichtet wurde. Die jetzige Veröffentlichung des Lloyd berührt um so eigentümlicher, als inzwischen über 8 Tage verstrichen sind und die Arbeiter die ihrerseits übernommenen Verpflichtungen sofort erfüllt haben. In der Sonntag-Nummer des oben genannten Blattes erläßt denn auch die Kommission der Arbeiter eine Erklärung, in der sie für die Wichtigkeit des von ihr hinsichtlich der gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Abmachungen Berichteten voll und ganz eintritt. Wir haben keine Ursache, an dem Worte der Kommission auch nur im Geringsten zu zweifeln, und verstehen es nicht, wie der Lloyd dazu kommt, jetzt seinerseits Differenzen herauszubekommen, nachdem die zwischen dem Unternehmer Hensch und den Arbeitern bestandenen Differenzen soeben beglichen sind. Der Lloyd hätte wirklich besser gethan, erst einmal die gerichtliche Entscheidung abzuwarten und sich dann eventuell abermals mit den Arbeitern in Verbindung zu setzen, statt ihnen in solch brüster Weise entgegenzutreten. Will man denn absolut einen Konflikt mit den Arbeitern haben?

Letzte Nachrichten.

Köln. Kein Mord. Bei dem Artilleristen, der Mittwoch Morgen mit durchschnittenem Halse am Rhein in Deutz aufgefunden wurde, handelte es sich, wie sich herausgestellt hat, nicht um einen Mord, sondern um Selbstmord. Der Betreffende war verschiedene Male wegen Verdachts geistiger Störung beobachtet worden, und wäre dieserhalb wahrscheinlich aus dem Militär-Verband entlassen worden.

Nachen. Proletariats Ende. Im benachbarten Stolberg wurde in einem Kalkofen ein Mann aufgefunden,

der bis zur Unkenntlichkeit verbrannt war. Der Verunglückte hatte jedenfalls in dem Ofen Schutz gesucht und ist dann tödtet worden und verbrannt.

Trier. Eine große Feuersbrunst zerstörte in dem Postflecken Alf 5 Wohnhäuser und 3 Wirtschaftsgebäude.

Strasbourg. Eine entsetzliche Familientragödie ereignete sich in Marfisch. Der 31jährige Fabrikbeamte Schmidt schnitt, während seine Frau das Mittagessen anrichtete, ohne äußeren Anlaß seinem einzigen Kinde, einem 5jährigen Söhnchen, mit dem Rasirmesser den Hals ab. Der Tod trat sofort ein. Hierauf schnitt sich Schmidt mit dem Rasirmesser den Hals ab und blieb auf der Stelle todt. Als Ursache der That wird Geistesstörung angenommen.

Prag. Der Sturm auf die böhmische Sparkasse hat infolge der maßlosen Höhe der Ueberechnung wieder eine Steigerung erfahren, so daß bisher 17 Millionen Gulden zurückgezahlt wurden.

Christiania. Opfer des Sturmes. Bei Hangefund kenterten während eines Sturmes Freitag zwei Fischerboote. Von dem einen Boot ertrank die ganze Besatzung, vier Mann; von dem anderen konnten zwei Mann gerettet werden, drei ertranken.

Rotterdam. Ein heftiges Erdbeben hat nach hier eingegangenen Nachrichten auf Batavia stattgefunden. Der Berg Papandajan spaltete Feuer.

New-York. Eisenbahnunglück. Infolge Nachgebens der Schienen entgleiste in der Sonnabend Nacht ein Eisenbahnzug in der Nähe von Lenox City (Tennessee), wobei fünf Eisenbahnangestellte und eine Frau getödtet und eine größere Anzahl Personen verletzt wurden.

Briefkasten.

Ein Unwissender. Wer eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern bezieht oder im letzten der Wahl vorausgegangenen Kalenderjahre bezogen hat, ist von der Ausübung der Wahlrechts ausgeschlossen. Das Bürgerrecht an sich ist eine Sache ganz für sich. Dasselbe kann der nicht begehren, der unter Polizeiaufsicht steht oder dem die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind.

H. D. Wohnungspfleger Dr. Struck, Raabeburger Allee 14.

Unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Conrad u. Kamberg, Luch-Verstandhaus in Cottbus, bei.

Lübecker Marktpreise vom 28. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk.,
Hafen Stk. — Mk., Enten Stk. 3,00 Mk., Hühner Stk. 2,00 Mk.,
Küken Stk. — Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Pfd.,
Fildgans 3,25 Mk., Schweinestopf Pfd. 0,50 Mk.,
Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 10 Stk. 60 Pfg.,
Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk.,
Karauschen Pfd. 80 Pfg., Geste Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg.,
Kal Pfd. 0,90 Mk.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum Lübecks und Umgegend die ergebene Mittheilung, daß ich das
Kolonial- u. Fettwaarengeschäft
des Herrn C. Wils, Vorbeckstrasse 12, künstlich erworben habe.
Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden Kunden reell und prompt zu bedienen und bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll **Heinr. Arfft.**

Zur Konfirmation

empfehlen
unsere prachtvollen **Gratulations-Karten**
in großer Auswahl und zu verschiedenen Preisen.
Unsere Kolportage nehmen ebenfalls Bestellungen an.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Die Kaiserreden im Reichstage und die Sozialdemokratie.

Aus den Entwürfen der Abgeordneten v. Vollmar, Rebel u. am 20. und 22. Januar 1903
Nach den amtlichen stenographischen Berichten. — Preis 20 Pfg.

Der Umsturz im Reichstage.

— Eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif. —
Nach dem amtlichen Stenogramm.

Ueßt einer Tabelle über die wichtigsten Abstimmungen.
Preis 20 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

1 Schwarzer Kopenhagener Cücher
Sabaststraße 12 a.

Wer nimmt ein kleines Kind in Kost
und Pflanz. Näheres Schönlager 80, I.

Alle Töpfe werden mit heißen Böden versehen und wieder neu emaillirt
Engelsgrube 81.

Ihren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
— 1 Jahr Garantie.
Ahrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 33.

Reclam's Bibliothek

in Taschenformat.
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller.
à Bändchen 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Jeden Mittwoch von 5 Uhr Nachm. und Donnerstag Morgen bis 8 Uhr

Gimerbier.

H. Bade, Hürstr. 128.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zustellstelle Lübeck.)

Der Sammlung

am Dienstag den 3. März

Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Circus Variété

Kommen!

Sehen! Staunen!

Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater

Dienstag den 3. März, 7 1/2 Uhr:
156. Vorf. 136. Ab. Vorf. 23. Dienstags-Ab.

Die Camellendame.
Dram. Gemälde in 5 Akten von Damas Sohn.
Mittwoch (Gastspiel Briede): Die Frau vom Meer.

Redaktioneller Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Artikel „Lokal und Nachbargebiete“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Redaktioneller Redakteur für die Artikel „Lokal und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz.

Reliquien vor Gericht.

Der Redakteur unseres Breslauer Parteiorgans, Gen. Bruhns, wurde vor einigen Tagen wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Wir haben darüber berichtet. Bruhns hatte seiner Zeit die Ausstellung des Hemdes der Jungfrau Maria und der Windeln Christi in Aachen als „Unzucht“ bedauert und erhielt 14 Tage Gefängnis. Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und verwies die Sache zur neuen Verhandlung nach Götting; das Göttinger Landgericht kam gleichfalls zu einer Verurteilung und erkannte wie oben angegeben. Ueber die kulturgeschichtliche und rechtswissenschaftliche Bedeutung dieser Urtheile wird der Berliner „Volkszeitung“ von einem Juristen dies geschrieben:

Der verurtheilende Richter scheint in einem thatsächlichen und rechtlichen Irrthume befangen. Welchem deutschen Hausvater wird es je in den Sinn kommen, das Hemd („camisia“) seiner berühmten Tochter neugotischen Bilden Preis zu geben? Im anderen Falle würde er sich den Vorwurf, einen groben Verstoß gegen Takt und Anstand verübt zu haben, mit Recht zuziehen.

Es sind jedoch zwei Vorgänge genau zu unterscheiden und festzustellen: 1. die öffentliche Schaustellung und 2. der Charakter der echten Reliquie.

Die römische Kirche ist so klug, daß sie im Laufe der Jahrhunderte die Anzahl der ausstellbaren echten Reliquien bedeutend verringert hat. Das wird durch die Geschichte der „Subeljahre“ 1300 bis 1900 bewiesen.

Katalanga (Graf Garlanda) vom Römischen Kladderadatsch, dem „Asino“, belegte das von der Kirche als Reliquie aufbewahrte Präputium Christi und die zu dem Aufbewahrungsorte veranstalteten Wallfahrten mit den schärfsten Ausdrücken, wie man sie in der deutschen Presse nirgends gewöhnt ist. Kein Geringerer, als der päpstliche Vikar von Rom, der Cardinal Respighi, veranlaßte den Strafantrag gegen den sozialdemokratischen Redakteur wegen zweier Meate: Beschimpfung einer Einrichtung der katholischen Kirche und Verstoß gegen das öffentliche Schamgefühl durch Verbreitung einer unzüchtigen Schrift (etwa den Paragraphen 166 und 184 des Deutschen Str.-G.-B. entsprechend). Die 3. Strafkammer am Landgericht zu Rom sprach aber den angeklagten Grafen Garlanda frei mit der scharfen Begründung, daß die Verwerfung vom Glauben und Verehren eines „sacrum praeputium“) mit den rechtlichen und sittlichen Anschauungen des modernen Staates unvereinbar sei.

Die Ausstellung des „heiligen Rocks von Trier“ durch Bischof Arnoldi erregte einen Sturm des Unwillens durch ganz Deutschland. Mit den schroffsten Wendungen wandten sich Bildemeister und Sybel hiergegen. Man vergleiche die Sybelsche Schrift „Der heilige Rock von Trier und die zwanzig anderen ungenährten Röcke 1845.“ Die Sprache des ehemaligen General-Direktors der preussischen Staatsarchive in dieser Schrift übertrifft den Ausdruck des Herrn Bruhns an Wucht und Bitterkeit um's Tausendfache. Das aus Staatsmitteln in Lehrer- und Gymnasialbibliotheken angeschaffte Geschichtswerk in der Duden'schen Sammlung, 5. Haupttheil, 2.: „Das Zeitalter der Restauration und Revolution von Professor Theod. Hotho“ enthält auf Seite 432 einen Satz, der im Vergleich mit der Strafe, die Herrn Bruhns zubilligt worden ist, mit mindestens einem Jahre Gefängnis belegt werden müßte!

Die Kirche mag nun in ihren Krypten und Schatzkammern verbergen, was sie will; wenn sie aber mit ihren Reliquien, wie den „Aachener Heiligthümern“, auf den öffentlichen Markt tritt, um durch Gnadenspenden einen großen

*) Die allgemeinen Anstandsregeln erlauben nicht, diesen „heiligen Gegenstand“ ins Deutsche zu übersetzen.

Zusammenlauf von Gläubigen zu verursachen, die am Wallfahrtsort müssen bezahlen, übernimmt sie damit die Garantie für die Echtheit der Reliquien. Diese stillschweigende Voraussetzung hat der frühere Weihbischof und jetzige Erzbischof Fischer ausdrücklich abgelehnt. Mit Recht, denn die Echtheit der Aachener Windeln ist nicht nur bestritten, sondern ihre Unechtheit ist erwiesen. Bischof und Domkapitel von Ragusa in Dalmatien besitzen, nach ihrer Meinung, ausschließlich die echten Windeln Christi; sie sind dort im Dom in einem goldenen Schrein verwahrt. Als ihren Garantieschein besitzen sie eine päpstliche Bulle. Roma locuta — causa finita! (**)

Sunt certi denique fines. (***) Die königliche Anklagebehörde kann staatlichen Schutz nur echten und dieses Schutzes würdigen Einrichtungen einer Religionsgenossenschaft zuwenden. Man kommt sonst zu den Ungeheuerlichkeiten, daß nicht nur der Zahn des Adam, sondern auch die Milchtröpfchen der Jungfrau Maria als „Reliquien“ vor abfälliger Kritik geschützt werden sollen.

Auch die neuerdings beliebte Anschauung: die Kirche allein bestimme, was Reliquie heißt oder nicht, kann unmöglich mit der Staatshoheit und den Grundlagen der modernen Strafrechtspflege vereinbart werden. Das war einmal die Anschauung König Philipp III. von Spanien: der Dominikanerorden allein bestimmt, was in der katholischen Staatskirche rechtgläubig heißt und was nicht, die Juristen und ihre Gebühlen haben lediglich die Urtheile der heiligen Inquisition zu vollstrecken, d. h. die Scheiterhaufen anzuzünden und die Vermögen der Reher einzuziehen.

Im Heimatlande der römischen Kirche, in dem von 33 Millionen Katholiken bewohnten Italien, sieht man die „heiligen Dinge“ aus der nächsten Nähe; hier haben die Redakteure Guido Podrecca und Graf Garlanda aus Grund eingehender Studien an Ort und Stelle das Blutwunder des heiligen Januarius, das sich alljährlich zweimal ereignet, einen „rußlosen Schwindel“ gescholten, den Cardinal-Erzbischof und das Domkapitel des Eigennutzes und des Komödientheaters geziehen und unter Aussetzung einer Prämie von einhundert Francs die öffentliche Darbietung des Gefäßes mit dem festen und flüssigen Blute im Sonnenlicht verlangt. Und was geschah auf die Denunziation der Betheiligten? Die staatliche Anklagebehörde prüfte die gutachtlichen Aeußerungen der „glaubenslosen“ Professoren für Physik, Chemie und Physiologie an der Universität Neapel und wies die Denunzianten ab. Als die feierliche Prozession mit dem Januarius-Blute sich das letzte Mal auf die Straße wagte, wurde sie mit tausendstimmigem Pfeifen empfangen, und dabei ist Neapel die frömmste Stadt der katholischen Christenheit.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Schiffsbauer Breslaus haben den Arbeitgebern einen Lohnlarif eingereicht, welcher die 11stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von mindestens 35, für selbstständige Arbeiter 40 Pfg. fordert. — Die im Treppenbau beschäftigten Holzarbeiter in Berlin wollen einen Tarif zwecks Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausarbeiten. In Betracht kommen rund 4000 Personen in 24 Werkstätten. Der bisherige Stundenlohn beträgt in den meisten Werkstätten 50—56 Pfg., in einigen jedoch nur 35 und 40 Pfg. pro Stunde. — Die Differenzen in der Nähmaschinenfabrik von J. Wertheim in Frankfurt a. M. sind nach einer Welsbung der „Volksstimme“ durch Verhandlungen mit dem Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbands beigelegt worden. Angesichts der wirtschaftlichen Krise haben sich die Arbeiter mit einer 5prozentigen Reduzierung der

**) Rom hat gesprochen, die Sache ist beendet.

***) Es giebt bestimmte Grenzen. N. d. L. B.

Akkordlohnssätze einverstanden erklärt. Das Geschäft wollte ursprünglich eine 10 prozentige Reduzierung vornehmen. Die Firma hat versprochen, daß keine Maßregelungen eintreten werden. — 40 Arbeiterinnen, meistens Italienerinnen, der Seidenzwirnerei Böcklin, Burghardt u. Co. in Basel haben wegen der fortwährenden Lohnbrüderereien, die allmählich die Monatsverdienste auf 37, 33, 24 und sogar 15 Franken reduzierten, die Arbeit eingestellt. Der Durchschnittslohn pro Monat beträgt 37 Fr. und das Lohnmaximum 46 Fr. Die Streikenden verlangen Lohn-erhöhung. — Ein Schuhmachereistreich ist in Budapest ausgebrochen. 1400 Arbeiter befinden sich im Streik, der möglichenfalls eine noch größere Ausdehnung annehmen kann. — Der Streik in den Steinbrüchen von Baccels (Belgien), welcher über vier Monate gedauert hat, ist zu Ende. Die Streikenden beschloßen, die Arbeit in allen Brüchen wieder aufzunehmen, nur in den Steinbrüchen des Unternehmers Delfosse bleibt der Streik bestehen, bis dieser die Organisation der Arbeiter anerkennt. — In Barcelona sind die Holzarbeiter in den Streik eingetreten. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt jetzt 4000.

Rückgang christlicher Gewerksvereine. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ schreibt: Der Pippesche Bieglersverein hat nach seiner neuesten Abrechnung 900 Mitglieder verloren und zählt noch 3000. Die Ortsgruppen in der Mattingen haben sich ganz aufgelöst. Rapide geht es mit dem bayerischen Eisenbahnerverband bergab, der ja auch zu den christlichen Gewerksvereinen gerechnet wird. 1901 hatte er 20000 Mitglieder, 1902 nur noch 18000 und jetzt giebt sein Organ nur 16000 an! 4000 Verlust in zwei Jahren, das ist viel, zumal der Verein vom bayerischen Zentrum gehätschelt wird, was das Zeug hält. Die beiden Vereine haben schon allein 5000 Mitglieder verloren, kommt noch hinzu der auseinandergerissene Siegerländer Verein, dessen 8000 Mitglieder zum größten Theil den Bergengewerksvereinen verstärken, sonst hätte er gar nichts an Zuwachs aufzuweisen. Der Rest schwankt hin und her, wie aus der „Christl. Arbeiterzeitg.“ zu entnehmen ist. Brodwucheragitation, Großmannsruft und sonstiger Unfug der großen Führer sorgen dafür, daß es weiter bergab geht.

Aus Hunger wahnsinnig geworden ist, wie bürgerliche Blätter aus Mannheim melden, die Frau eines Arbeitlosen. Sie versuchte ihre zwei Kinder von zwei und vier Jahren zu tödten, wurde aber daran verhindert. Man verbrachte dann die Unglückliche nebst ihren zu Skeletten abgemagerten Kindern ins Krankenhaus. Die letzteren wurden später ins Kinderhospital verbracht.

Das zweite Opfer des Sonnenbrief-Prozesses gegen den „Vorwärts“, Genosse John, kehrte, nachdem er sieben Monate im Gefängnis zugebracht, wieder in die deutsche Freiheit zurück. Er ist leider durch die lange Haft schwer an seiner Gesundheit geschädigt und wird einer längeren Erholungszeit bedürfen, um die alte Spannkraft wieder zu erlangen.

Wegen Beleidigung des Restaurateurs Meier in Kauerndorf wurde der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genosse Ludwig, zu 15 Mark Geldstrafe verurtheilt. Meier ist sehr ärgerlich gewesen, daß unsere Parteigenossen sein Lokal boykottirt haben, weil er seinen Saal verweigerte mit der Angabe, der Landrath habe ihm das verboten. Diesem Verger hat er mehrmals in scharfer Weise Ausdruck verliehen, so namentlich in der Zeit um Neujahr herum, wo er mit Lumpen, Schrahschneidern etc. um sich warf. Dieses Gebaren hat die „Altenburger Volkszeitung“ gegeißelt. In einer Wendung wurde die Beleidigung erblüht.

Der Achtstundentag für die Bergleute in Belgien. In Belgien existirt kein Gesetz, das die Dauer der täglichen Arbeitszeit irgendwie beschränkt, weder für die Arbeiter im allgemeinen, noch für die Bergarbeiter im besonderen. Von den 116 274 Arbeitern der belgischen Minen-

Die Lehrersbrant.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

(20. Fortsetzung.)

6.

Christine sah noch eine Zeitlang auf die Thür, welche Forstner hinter sich zugeschlagen hatte. Ein heroisches Gefühl glänzte auf ihrem Gesicht. Er war es nicht, der ihr den Abschied gegeben, sie war ihm zuvorgekommen, sie hatte ihn weggeschickt, sie hatte das Recht behauptet und ihre Ehre gerettet! Das Bewußtsein, dem Ungetreuen die Thür gewiesen und ihn nach Verdienst behandelt zu haben, erfüllte sie mit süßem Stolz, und sie kostete diesen in der Anfreugung des Sieges von Grund ihres Herzens.

Endlich trat sie zurück. Die Fluth ihrer Empfindung war gesunken und Gedanken tauchten auf, die andere Bilder vor ihre Seele riefen. Es war also aus mit ihm, wirklich aus und für immer! Und nun? — Sie mußte wieder in die Heimath, in ihr Dorf zurück.

Wie sie diese unausweichliche Nothwendigkeit zum ersten Mal klar erkannte und die Folgen überschaute, fühlte sie einen kalten Schauer im Herzen und sank erschöpft auf einen Stuhl.

Wir wissen, Christine besaß einen Ehrgeiz — eine Art desselben, die auf dem Lande häufig vorkommt: den Ehrgeiz, der sich ändern möglichst immer in Würde und Wohlverhalten darstellen und dem ganzen Dorfe damit Respekt einflößen will. In vollreicher Stadt kann man leicht dahin kommen, nach der Meinung anderer gar nichts mehr zu fragen, weil diese anderen eben zum größten Theil Fremde sind und die Bekannten keine Zeit haben, sich mit einem viel abzugeben. Auf dem Dorfe hingegen, wo man alle kennt und von allen gekannt ist, bildet sich natürlich das Verlangen aus, auch von allen geachtet zu sein. Man wagt die Außenseite, man „prangt“, man fragt sich bei einem absonderlichen Vorhaben

in der Regel, was die Leute dazu sagen werden, man fürchtet sich vor dem Schaden, aber häufig noch mehr vor dem Spott, der dem Schaden folgt. Diese Rücksicht auf andere kann zur Schwäche werden und macht gar oft auch kleinlich und lächerlich; aber auf der andern Seite ist sie die Wirturfsache guter Sitte, rechtmäßigen Handels und statlicher, angenehmer Lebensformen. Der Kenner des Dorflebens wird sie auf ihre Stelle beschränkt, aber gewiß nicht vertilgt, ja nicht einmal gemindert wünschen.

In Christine war eine starke Dosis dieses Triebes, und wie wir gesehen haben, war da, wo ihr Herz gewonnen wurde, immer auch ihr Ehrverlangen mit im Spiele; der Reiz des Glanzes wirkte mit dem der Schönheit und Lebenswürdigkeit zusammen auf sie. Dieses Ehrverlangen bezog sich aber gerade auf ihr Dorf, gerade auf ihre Freunde und Bekannten. In ihren Augen hervorzustrahlen war ja ihr Streben, ihr beglückendster Gedanke. Und nun sollte sie, die das Vaterhaus ehrenvoll und beneidet, an der Seite des Bräutigams verlassen hatte — sie, die Gesuchte, Geseherte — sie sollte zurückkehren als eine, die den Lauspaß bekommen (denn das war und blieb sie in den Augen der Leute trotz ihres Redens), sie sollte zurückkehren beschämpt und erniedrigt für ihr ganzes Leben! Sie sollte vor ihren Bettern treten als eine Verschmähte, die Mitleid und Geringschätzung einflößen mußte! Sie sollte vor ihre Mutter treten in Schmach und Schande — vor die gute Mutter, deren Stolz und einzige Freunde sie gewesen, die keine Ahnung hatte von ihrem Unglück und in kurzem ihren „Ehrentag“ mitzufeiern hoffte!

Sie sollte den Spott und die üblen Nachreden der bösen Rungen über sich ergehen lassen! Sie sollte erleben, wie man mit Fingern auf sie zeigte, sollte es in ihren Ohren hören, wie man sagte: „Da steht sie, die so hoch hinauswollte! Nun ist sie wieder da! Ihr Stadtlehrer hat sie forrgeschickt, und nun mag sie auch kein ehrlicher Bauernbursch mehr!“

Die Erlebnisse der letzten Tage hatten das Mädchen im Tiefsten erregt, ihre Seele gerüttelt und geschüttelt, ihr Gefühl krankhaft gereizt. Wie sie nun bei der Vorstellung, so künftig in ihre Heimath zurückkehren zu müssen, alle Marter empfand, welche die Schmach der Niederlage dem Ehrgeiz auferlegt, da folgte auf den heroischen Stolz, den die Verabschiedung des Bräutigams in ihr erweckt hatte, der Zweifel, das Zagen, die Reue. Habe ich auch wirklich Ursache gehabt, ihm aufzukündigen? Bin ich nicht zu hüßig gewesen? Hab' ich am Ende unrecht gesehen und gemeint, er wolle mit mir brechen, bloß weil ich in der Zeit davon habe schwärzen hören? Kann er nicht bloß übler Laune gewesen sein und sind meine Antworten nicht am Ende so ungeschickt gewesen, daß er nicht anders konnte, als zornig werden?

Solche Fragen traten in ihr hervor und konnten es wohl; denn das Dorfmadchen ist an eine derbere Sprache und Handlungsweise von Jugend auf gewöhnt und mußte die vernommenen Schwärzreden nicht für so beweiskräftig halten als eine gebildete, zarte Städterin. In ihrer Gemüthsstimmung wurden ihr nun auch die anderen deutlichen Zeichen wieder zweifelhaft, und als sie bedachte, daß sie das Glend, welchem sie entgegenging, hätte vermeiden können, da wandelten sie wieder Schrecken und Verzweiflung an. Sie raffte all ihre Kraft zusammen und überlegte, wie Forstner sich die letzte Zeit her und heute gegen sie benommen. Endlich aber rief sie fest und entschlossen: „Nein, ich habe mich nicht getäuscht! Nein, ich habe durchaus recht gehandelt! Was ich gethan habe, das habe ich thun müssen — ich hab ein gutes Gewissen — und nun mag es mir gehen, wie es will!“

Sie stand auf, in der Meinung, zur Dase hinunterzugehen, denn es war noch nicht Schlafenszeit. Allein sie fühlte sich überaus müde, die Glieder zitterten ihr. Sie hielt es für besser, sich niederzuliegen.

Ihr Schlaf war unruhig, sie fuhr mehrmals auf in

Industrie, hierin einbegriffen 5455 Frauen und 9153 Kinder (unter 16 Jahre), arbeiten nach der Berufszählung (1896) nur 7,95 Prozent weniger als 8 Stunden pro Tag; 7,48 Prozent 8-9; 43,76 Proz. 9-10; 26,53 Proz. 10-11 und 14,28 Prozent mehr als 11 Stunden täglich. Nach diesen offiziellen Ziffern kommt also noch fast für die Hälfte der Vergarbeiter die tägliche Arbeitszeit auf mehr denn 10 Stunden zu stehen. Die sozialistische Kammerfraktion macht nun neuerdings den Versuch, auf gesetzlichem Wege die Arbeitszeit allmählich bis auf 8 Stunden zu verkürzen. In dem der Kammer unterbreiteten Entwurf verlangt sie vom ersten Jahre nach der Verkürzung des Entwurfes ab die Einführung des neunstündigen Arbeitstages, und vom dritten Jahre ab die des achtstündigen Arbeitstages für alle Arbeiter der Rinnenindustrie.

Au die Vorstände und Verwaltungen sämtlicher Krankenkassen im Deutschen Reich! Die seit langem von der Regierung angekündigte Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ist seitens des Bundesrates dem Reichstage zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Die von den Krankenkassen gestellten Anträge und Wünsche, welche in Form von Petitionen und Beschlüssen der Regierung übermitteln wurden, sind in der Hauptsache nicht berücksichtigt, dagegen soll den Kassenvorständen und Kassensführern eine größere Verantwortlichkeit auferlegt werden, Bestimmungen, welche die gezielte Entwicklung der Krankenkassen auf dem Wege der Selbstverwaltung zu hindern geeignet sind. Es ist demnach erforderlich, hiergegen Stellung zu nehmen und zu beantragen, daß die Gesetzes-Novelle so ausgebaut wird, daß die Krankenkassen Deutschlands diese als annehmbar bezeichnen können. Nach dem Beschluß des Krankenkassenkongresses vom Jahre 1899 zu Berlin und gemäß einem weiteren Beschlusse der Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich vom Jahre 1900 in Nürnberg, berufen unterzeichnete hiermit einen allgemeinen Krankenkassen-Kongress auf Sonntag, den 15. März 1903, Vormittags 10 Uhr, und Montag, den 16. März 1903, Vormittags 9 Uhr, im Lokale: „Neue Welt“, Berlin SO., Hasenheide 108/114, ein, mit der Tages-Ordnung: I. Stellungnahme der Krankenkassen Deutschlands zu dem Regierungsentwurf der Krankenversicherungsgesetz-Novelle. 2. Anträge. Zu diesem Kongress sind sämtliche Orts-, Betriebs-, Fabriks-, Innungs-, Knappschafts- und freie Hilfskrankenkassen Deutschlands eingeladen. Wir ersuchen daher die Krankenkassen-Vorstände allerorts, Delegierte hierzu zu entsenden. Die Anmeldungen zum Kongress sind an eine der beiden unterzeichneten Körperschaften zu richten, ebenso etwaige Anträge, von denen jedoch nur die bis zum 10. März einlaufenden für die Tagesordnung verwendet und berücksichtigt werden können. Jeder Delegierte muß mit einem von einer Kasse oder einem Kassenvorstande ausgestellten Mandat versehen sein. Wir bitten deshalb behufs der Wahl von Delegierten zusammenzutreten; es kommt darauf an, durch eine recht zahlreiche Besichtigung der Regierung und dem Reichstage, die beide geladen werden, zu zeigen, mit welcher großem Interesse die Kassen diese Frage verfolgen. Kein Ort, keine Kasse darf auf dem Kongress vertreten sein. Berlin, im Februar 1903. Hochachtungsvoll Die Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend, als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich, Leipzig, Seckelstraße 7-9, und Die Zentral-Kommission der Krankenkassen in Berlin SO., Engel-Ufer 15.

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung durch Äußerungen in der Trunkenheit gegenüber Nachbarinnen wurde nach dem „Vorw.“ vor einigen Tagen in Berlin der durch Krankheit gänzlich blinde Schlagter Emil Blankensfeld von der 5. Strafkammer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Stellvertreter Gottes als Einbrecher. Gegen den Unteroffizier Mittelhanjen vom 17. Pionierbataillon in Thorn wurde wegen Einbruchs in das Zahlmeisterbureau und Entwendung von 228 Mk. auf zwei Jahre sechs Wochen Gefängnis, Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt.

Das Kapitel der „polizeilichen Mißgriffe“ scheint

schweren Träumen. Als sie morgens erwachte, waren ihre Glieder wie gelähmt, ihr Kopf brannte, die Zunge klebte ihr am Gaumen. Sie war krank — ein Fieber hatte sie ergriffen.

Die Base, die sie vergebens zum Frühstück erwartet hatte, ging hinaus, um nachzusehen. Sie wußte noch nicht, was geschehen war. Gestern hatte sie freilich ein paarmal die Säumen herantgetrieben und auf einen Wortwechsel geschlossen; aber das war ja schon öfter vorgekommen, und da Joseph ruhig aus dem Hause, Christine zu Bett gegangen war, so glaubte sie nicht an einen Ausweg, wie er statgefunden hatte.

Aus Bett des Mädchens getreten, erkundigte sie sich theilnehmend nach ihrem Befinden. Christine erklärte sich für wohl und erzählte ihr alles. Die gute Frau war tief betroffen.

„Ich hab' mir's gedacht“, rief sie aus, „aber nun bin ich doch erschreckt! Was wird deine Mutter sagen, die an so etwas gar nicht denkt? Ich muß ihr's zu wissen thun, alles und jedes, und das heute noch.“

Christine verbot das. „Ich will's selber thun, wenn ich wieder auf bin — ich allein kann's recht thun.“

„Aber wenn du erkrankt krank wärdst“, entgegnete die Base, wenn du —

„Erlauben müßte, wenn Sie? Das wäre vielleicht das Beste für mich; aber eben darum glaub' ich nicht daran. Das Gefahr kommt, kann können Sie schreiben, aber jetzt noch nicht — gehen Sie mir Ihre Hand darauf!“

Die Base beruhigte die Krank- durch ein ausdrückliches Versprechen und ging hinaus, einen Arzt zu holen.

Dieser kam und erklärte den Zustand des Mädchens für den Anfang einer Krankheit, vor deren ernstlichen Ausbruch sie nicht noch bewahrt werden konnte.

Wieder liegt ein krasser Beitrag dazu vor, der speziell das segensreiche Walten der sogenannten Sittenpolizei illustriert. Die „Bresl. Morgenztg.“ berichtet: In der letzten Sitzung des Stadtausschusses zu Breslau kam folgender sehr bemerkenswerther Fall zur Verhandlung: Ein Hausbesitzer, der mehrere Ehrenämter verwaltet, petitionierte um die Erlaubnis zum Bierauskahn in der in seinem Hause befindlichen Restauration. Das Polizeipräsidium erhob dagegen Widerspruch mit der Begründung, daß die Ehefrau des Petenten im Jahre 1896 zur sittenpolizeilichen Kontrolle geschrieben und unter ihr laut Ausweis der Polizeialten zwei Jahre geführt und wegen gewerblicher Unzucht mit einem Tage Haft bestraft worden sei. Der Hausbesitzer beantragte mündliche Verhandlung vor dem Stadtausschuß. Der Verteidiger des Klägers, Rechtsanwalt Schreiber, erklärte, daß die Ehefrau des Petenten weder unter sittenpolizeilicher Kontrolle gestanden, noch bestraft worden ist. Es liege hier ein Fall vor, der geradezu empörend sei: Als die Frau noch Braut des Klägers war, ist sie bei der Polizei denunziert worden, gewerbliche Unzucht zu treiben. Der Sittenkommissarius zitierte das Mädchen vor das Polizeipräsidium, und hier wurde das Mädchen, das weinend ihre Unschuld behauptete, unter der Drohung, daß es sonst durch den Nachtrag sofort dem Gefängnis überführt werde, gezwungen, ihre Unterschrift unter das vorgelegte Schriftstück, das jedem Sittenmädchen vorgelegt wird, zu legen. Nach gegebener Unterschrift wurde das Mädchen der „Schmerzhaften“ überwiesen und einen Tag darin behalten. Das Mädchen wollte die Schande nicht haben, als Prostituirte zu gelten, es verließ sofort Breslau und blieb bis zur Verheirathung fort. In den Akten wurde es jedoch als Kontrollmädchen weiter geführt! Es hat indessen nie unter Sitten gestanden, weder in Breslau noch anderwärts. Der Verteidiger erklärte, daß auch von einer Strafe nicht die Rede sein könne, das Mädchen sei einfach auf Anordnung des Beamten abgeführt worden. Auf Grund dieses Vorkommnisse erhebe nun das Polizeipräsidium Einspruch gegen ein Konzeptionsgesuch eines Mannes, der sich nie etwas hat zu Schulden kommen lassen. So unbescholten der Mann dasieht, so ist der Frau nicht das geringste Nachtheilige nachzugehen. Das Kollegium ertheilte die nachgesuchte Genehmigung ohne weiteres.

Noch mehr Hoffandale? Den hochpatriotischen „Dresd. Nachr.“ wird aus Schwerin gemeldet: Nicht mehr zurückhalten sind die hier als öffentliches Geheimnis von Mund zu Mund gehenden Gerüchte über im höchsten Maße ärgerniserregende Vorgänge am hiesigen großherzoglichen Hofe, mit denen die verwittwete Großherzogin Anastasia, die Mutter des regierenden Großherzogs Friedrich Franz, in Beziehungen gebracht wird. Die Großherzogin-Mutter ist eine geborene Großfürstin von Rußland, kaiserliche Hoheit; sie ist am 28. Juli 1860 geboren und vermählte sich am 24. Januar 1879 mit dem 1897 verstorbenen Großherzog Friedrich Franz III. Außer dem regierenden Großherzog sind aus der Ehe zwei Töchter, Herzogin Alexandrine, geboren den 24. Dezember 1879, und Herzogin Cäcilie, geboren den 20. September 1886, hervorgegangen. — Ueber den Inhalt der „Gerüchte“ schweigt man sich noch aus.

Ueberfall einer Wöchnerin durch ihre Hebamme. Ein kaum glaubliches Verbrechen ist dieser Tage in Sulzbach bei Saarbücken verübt worden. Dort war eine Frau niedergekommen; die Wöchnerin lag mit dem Säugling allein in der Stube im Bett, als es Abends am Fenster klopfte. Da die Frau glaubte, daß ihr Mann von der Arbeit zurückgekehrt sei, rief sie ihm zu, der Schlüssel liege unter der Strohhütte. Bald darauf öffnete sich die Thür und herein schritt eine schwarz verummante Gestalt, welche mit gezogenem Revolver von der Frau Herausgabe der Wirthschaften und des Geldes forderte. In ihrer Angst gab die Wöchnerin den Schlüssel zu dem Behälter heraus, in welchem sich die Ersparnisse der Eheleute befanden. Inzwischen hatte der verummante Eindringling den Revolver auf das Bett gelegt, welchen Umstand die Angegriffene benutzte, einen Schuß auf den vermeintlichen Räuber abzugeben. Der Schuß erreichte sein Ziel und auf die Hülfserufe eilten Nachbarn herbei, die den ungeladenen Gast festnahmen und entlarvten. Zum größten Schrecken aller entpuppte sich der Eindringling als die — Hebamme, die vor einigen Tagen bei der Niederkunft der Ueberfallenen mit thätig gewesen war. Sie wurde nunmehr durch herbeigescholtene Schutzleute festgenommen und dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Diät berging eine Reihe von Tagen. Zuletzt siegte die gute Natur des Dorfkindes, das Fieber wich, ihr Blut wurde ruhiger, ihr Appetit regte sich wieder, sie erholtete sich und hatte das Gefühl der Genesung, jenes leichte, süße Gefühl, um dessen willen es wohl der Mühe werth erscheint, eine Krankheit ausgehalten zu haben. In der Genesung ist von dem Zustande des Leidens nicht mehr übrig als eine körperliche Schwäche, in der ein innerliches Leben um so reicher sich entfalten kann, eine Schwäche, die alle Gefühle mildert und aus die ganze Welt in laustem Licht erscheinen läßt. Und zu dieser Poesie der Krankheit gesellt sich eine stille Lust des Aufstrebens und Fortschreitens zu neuem Wohlsein und Glück, das unumgänglich vor der Seele weht. Der Genesende kann nicht verzweifeln. Auch nach dem größten Verlust muß er wieder hoffen auf eine Entschädigung, sei es auch nur die Kraft, den Verlust ohne Schmerz ertragen zu können.

Während Christine sich leidlich erholtte, genas sie auch geistig. In ihrem stillen, hellern Seelenzustande sah sie zurück auf ihre Erlebnisse und dachte jenes Momentes wieder, wo sie in ihrem Unglück eine gerechte Strafe erkannt und es in diesem Sinne willkommen geheißt hatte. Und es fiel ihr ein, daß sie später doch wieder verzweifelt war, als sie sich vorstellte, wie sie verzichtet und verlassen zur Mutter heimkehrte — das heißt doch eigentlich: die heillose Strafe zu Ende dulden sollte. — Sie lächelte erst über sich selbst und sagte: „Ich hab's wieder vergessen gehabt!“ — Das geht nicht auf einmal, wie's scheint!“ — Nun sagte sie aber in Wiederholung jener Aufstimmung den Entschluß, alles zu dulden, was an Schmach und Beschimpfung über sie verhängt sein sollte. Und nun konnte sie hoffen, zu triumphieren, denn zu ihrer Erhebung und Selbstüberwindung half ihr die Natur.

In ihrer Leidenszeit hatte sie die sorgsamste, wir können

Ein blutiges Eiferjuchtsdrama ereignete sich in der Nacht zum Freitag in Straßburg i. E. Der Buchhalter August Hoffmann erschloß den Schuhmacher Gustav Walke aus Kronenburg in der Nähe des Centralfriedhofes. Hoffmann, der früher bei Walke gewohnt hatte, unterhielt mit dessen Frau ein unerlaubtes Verhältnis. Aus diesem Anlaß kam es zwischen Hoffmann und Walke zum Wortwechsel. Walke, der durch Hoffmann einen Schuß in die Brust erhielt, sank sofort todt zusammen. Unmittelbar darauf erschloß sich Hoffmann.

Das Zirkusunternehmen Barnums hat durch Feuer einen Verlust von 750 000 Dollars erlitten, indem die ganzen Winterquartiere in Bridgeport (Connecticut) zerstört wurden.

Wie die Amerikaner ihr Obst verkaufen! Der „praktische Rathgeber im Obst- und Gartenbau“ veröffentlicht in einer seiner letzten Nummern einen ganz ausgezeichneten, mit erläuternden Bildern versehenen Aufsatz seines Mitarbeiters, W. A. Richter, eines Deutschen, der seit vielen Jahren am Michigansee im Staate Wisconsin ausgedehnten Obstbau treibt, und der es sich angelegen sein läßt, seine Landsleute in der alten Heimath über den amerikanischen Obstbau und seine dem europäischen Kontinent drohenden Erfolge zu unterrichten und aufzuklären. Herr Richter stellt zunächst fest, daß nach dem offiziellen Bulletin vom Jahre 1900 die Vereinigten Staaten 367 Millionen Obstbäume besitzen und daß die Ernte in demselben Jahre 7632 Mill. Aker Obst im Werthe von 352,8 Mill. Mark betrug. Die Zahl der Bäume hat in den letzten zehn Jahren 89 Prozent zugenommen, und zwar Pflanzenbäume 335 Prozent, diesem Grunde hat der Export getrockneter Pflanzen nach den Vereinigten Staaten ganz aufgehört!). Birnbäume 246 Prozent, Aprikosen 217, Kirschen 112, Pfirsiche 85, Nessel 67 Prozent. Ganz gewaltig ist daneben der Anbau von Beeren, besonders Erdbeeren. Es vertheilt sich diese Ausdehnung der Obstkultur über die ganze ungeheure Fläche der Vereinigten Staaten: von den Seengebieten Minnesotas, Wisconsin und Michigans bis zu den südlichen Staaten Florida, Georgia, Alabama und Mississippi und bis zu den Pacificstaaten Kaliforniens, Oregons und Washingtons. Herr Richter erklärt nun in sachlicher, vortrefflicher Weise diesen ungeheuren Aufschwung des Obstbaues durch zwei Einrichtungen, die, über das ganze Land vertheilt, es ermöglichen, die Obsterte einmal über 9 Monate zu konserviren und damit den Absatz zu vertheilen, dann aber die Entfernung des Absatzes so gut wie aufzuheben, so daß man die Erdbeeren Floridas in tadellos frischem Zustande in Chicago und die Aprikosen und Pfirsiche Kaliforniens ebenso trotz achtstägiger Eisenbahnfahrt in New-York für billiges Geld essen kann. Es sind dies die gleichmäßig durch die Vereinigten Staaten vertheilten Kühlhäuser, in denen besonders die Nessel bei 1 Grad Celsius Monate lang aufbewahrt werden und sich völlig frisch erhalten, zweitens aber die Einrichtung von Kühlwagen und ganzen Kühlzügen, die den amerikanischen Kontinent durchqueren und auch die empfindlichsten Früchte, wie Erdbeeren, die vorher in Kühlhäusern abgekühlt werden, in abgekühlten Wagen viele Tage hindurch zu geeigneten Verkaufsstätten befördern. Solcher Kühlwagen gab es auf allen amerikanischen Eisenbahnen im Jahre 1901 bereits 60 000! Mit Hilfe dieser Kühlwagen werden auch alle Ungleichheiten in der Ernte auf dem ganzen großen Staatengebiete leicht ausgeglichen. Der vortreffliche, verdienstvolle Aufsatz des Herrn Richter ist von höchstem Interesse für jeden Obstzüchter und veranlaßt zum Nachdenken, wieviel uns zu thun übrig bleibt, nach dem Recept similia similibus der amerikanischen Konkurrenz erfolgreich zu begegnen. Der Verlag des „Praktischen Rathgebers im Obst- und Gartenbau“ in Frankfurt a. D. hat sich freundlichst erbotten, jedem Interessenten die Nummer mit dem Aufsätze des Herrn Richter (Kühlhäuser und Kühlzüge sind abgebildet!) kostenlos zuzuschicken.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 27. Februar.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 110-120
II. Qualität	105-109
Ferner:	
Fehlerhafte und holl. Bauernbutter	95-100
Schlesw. und holl. Bauernbutter	85-88
Russische und ähnliche	98-104
Finnische Waare	86-88
Amerikanische	—

sagen, liebevollste Pflege erfahren, und diese setzte sich während ihrer Genesung fort. Die Base und der Vetter thaten alles, was in ihren Kräften stand. Susanne war wie verwandelt, ganz Aufmerksamkeit und Güte für sie, und nichts schien sie mehr zu beglücken, als wenn ihr Christine freundlich die Hand gab und sie dabei mit erkenntlichem Blick ansah. Auch Mamsell Adelheid kam täglich, sich zu erkundigen und sie zu trösten. Die Vornehmheit der Lehrerin war verschwunden und hatte ganz einer würdigen, mütterlichen Theilnahme Platz gemacht. Auf Christine in ihrer jetzigen Weichheit machte das alles einen rührenden Eindruck. Mit Thränen im Auge sagte sie sich: „Die Menschen sind doch viel besser, als man denkt! Man sollte eigentlich Niemand für schlecht ausgeben, sondern warten, bis er wieder gut wird.“ Sie dachte daran, daß auch die Leute in ihrem Dorf nicht so schlimm sein würden, als sie sich zuerst vorgestellt, und der Gedanke der Heimkehr verlor auch aus diesem Grunde mehr von dem Feindlichen und Schreckhaften.

Wenn sich übrigens Mamsell Adelheid in der That über Erwarten theilnahmenvoll gegen ihre Schülerin zeigte, so war sie damit noch nicht ein Muster von Barmherzigkeit, und dem Orange, Gericht zu halten über irgend Jemand, konnte sie nicht unbedingt widerstehen.

Eines Vormittags kam sie mit hastigeren Schritten als gewöhnlich in die Stube, wo sich die Konvalescentin befand, und man sah gleich, daß sie etwas Wichtiges auf dem Herzen hatte. Sie zögerte nicht, es los zu werden, und rief nach ihrem Grusse der anwesenden Frau Wahl zu: „Nun, liebe Frau Base, haben Sie's auch schon gehört? — Ich habe manches erlebt in der Welt, aber das geht doch über alle Begriffe! So schnell — und in dieser Zeit! Nein, für so schlecht hätt' ich diesen Menschen doch nicht gehalten!“

(Fortsetzung folgt.)